

# SICHERHEITSBERICHT 2025

Gemeinsamer Sicherheitsbericht der  
Landeshauptstadt Hannover, der  
Polizeidirektion Hannover und der  
Abfallwirtschaft Region Hannover

Gemeinsam für  
ein sicheres Hannover.



## ÜBERBLICK

# Inhalt

|                                                      |    |                                                  |    |
|------------------------------------------------------|----|--------------------------------------------------|----|
| DIE SICHERHEITSPARTNERSCHAFT .....                   | 3  | Mobile Sicherheitskonferenzen .....              | 22 |
| STRUKTURDATEN DER                                    |    | Sicherheitskonferenz Landeshauptstadt Hannover - |    |
| LANDESHAUPTSTADT HANNOVER .....                      | 4  | im Rahmen des DPT .....                          | 22 |
| ENTWICKLUNG DES                                      |    | STÄDTISCHE REGELUNGEN .....                      | 23 |
| KRIMINALITÄTSGESCHEHENS .....                        | 5  | Waffenverbotszone .....                          | 23 |
| VERNETZTES HANDELN – PROJEKT                         |    | Böllerverbotszone.....                           | 24 |
| BAHNHOF.SICHER.....                                  | 7  | SOG-VO .....                                     | 24 |
| PROJEKT INNENSTADT DER PI HANNOVER                   | 8  | PRÄVENTION .....                                 | 26 |
| ARBEIT DES KONTAKTBEREICHSDIENSTES                   | 9  | Konfliktmanagement im öffentlichen Raum.....     | 26 |
| VERKEHRSSICHERHEITSARBEIT .....                      | 11 | Arbeit des Zentrums für kommunale                |    |
| Verkehrsüberwachung .....                            | 11 | Kriminalprävention (ZKK) .....                   | 26 |
| Verkehrsunfallprävention.....                        | 11 | Deutscher Präventionstag (DPT) .....             | 28 |
| Fahrradstaffel .....                                 | 12 | Communities That Care (CTC) .....                | 29 |
| ÖFFENTLICHKEITSARBEIT .....                          | 13 | Runder Tisch häusliche Gewalt - Das Hannover-    |    |
| Die Pressestelle: Verlässlichkeit in der klassischen |    | sche Interventionsprogramm gegen Häusliche       |    |
| Berichterstattung .....                              | 13 | Gewalt (HAIP).....                               | 30 |
| Social Media: Direkte Kommunikation und digitale     |    | Gemeinsame Präventionsaktion der                 |    |
| Präsenz .....                                        | 13 | Sicherheitspartner*innen .....                   | 32 |
| Innovatives Dialogformat: Die Twitch-Livestreams     |    | TECHNIK .....                                    | 35 |
| .....                                                | 14 | Online-Anzeige Parkverstöße .....                | 35 |
| FACHBEREICH ÖFFENTLICHE ORDNUNG .                    | 15 | Scan-Cars .....                                  | 36 |
| Städtischer Ordnungsdienst (SOD) .....               | 15 | Videoüberwachung im öffentlichen Raum .....      | 36 |
| Leitstelle .....                                     | 15 | JAHRESBILANZ „HANNOVER SAUBER“ –                 |    |
| Ordnungsbotschafter*innen (OBO).....                 | 16 | ZWECKVERBAND ABFALLWIRTSCHAFT                    |    |
| Statistik 2025 gesamt LHH.....                       | 17 | REGION HANNOVER .....                            | 37 |
| SICHERHEITSKOOPERATION MIT DER                       |    | AUSWERTUNG NACH STADTBEZIRKEN ...                | 39 |
| ÜSTRA UND POLIZEI .....                              | 20 | IMPRESSUM .....                                  | 47 |
| SICHERHEITSKONFERENZEN .....                         | 22 |                                                  |    |

## GRUNDLAGE

## DIE SICHERHEITSPARTNERSCHAFT

Die stetige Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum ist eine gemeinsame Aufgabe der Polizeidirektion (PD) Hannover und der Landeshauptstadt Hannover (LHH). Um den vielfältigen Herausforderungen einer wachsenden Großstadt wirksam zu begegnen, arbeiten beide Behörden seit 2017 im Rahmen einer Sicherheitspartnerschaft fach- und institutionsübergreifend eng zusammen.

Die Zusammenarbeit der Sicherheitspartnerschaft umfasst weit mehr als die Abstimmung gemeinsamer Einsätze und zeigt sich in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens. Sie verbindet strategische, konzeptionelle und operative Aufgaben. Hierzu gehören unter anderem gemeinsame Sicherheitskonzepte für Veranstaltungen, abgestimmte Kontrollen von Polizei und Städtischem Ordnungsdienst, die Entwicklung ordnungsrechtlicher Maßnahmen sowie gemeinsame Präventionsangebote. Die Grundlage für ein abgestimmtes Handeln sind regelmäßige Lagebesprechungen und der fachliche Austausch auf Führungs- und Arbeitsebene, auch unter Einbeziehung weiterer Netzwerkpartner\*innen wie dem Kommunalen Präventionsrat und dem Senior\*innen-beirat. Auf diese Weise werden die unterschiedlichen Zuständigkeiten und Kompetenzen von Polizei und Kommune zusammengeführt und Maßnahmen auf aktuelle Entwicklungen abgestimmt.

Im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft werden regelmäßig Informations- und Präventionsveranstaltungen zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten durchgeführt. Ein Beispiel hierfür ist die Kampagne „Achtung Taschendiebe!“ im April 2025, mit der Bürger\*innen über typische Vorgehensweisen von Taschendieben informiert und für einfache Schutzmaßnahmen sensibilisiert werden. Solche Angebote sollen dazu beitragen, Straftaten möglichst bereits im Vorfeld zu verhindern und das Sicherheitsbewusstsein im Alltag zu stärken.

Ein weiterer Schwerpunkt der Sicherheitspartnerschaft liegt in der gemeinsamen Bewertung aktueller Entwicklungen und der Ableitung geeigneter Maßnahmen. Dazu zählen beispielsweise die enge Ab-

stimmung bei Allgemeinverfügungen, etwa dem Böllerverbot an Silvester sowie gemeinsame Konzepte für besonders stark frequentierte oder belastete Bereiche wie die Innenstadt oder das Umfeld des Hauptbahnhofs.

Diese gemeinsame Arbeitsweise wurde im Jahr 2025 mit den Sicherheitspartner\*innen weiter vertieft. Mit der Unterzeichnung eines „Letter of Intent“ bekannten sich die Landeshauptstadt Hannover, die Polizeidirektion Hannover, die ÜSTRA und weitere Partner\*innen zu einer noch engeren Zusammenarbeit, insbesondere im Umfeld des Hauptbahnhofs. Parallel wurden die bestehende Sicherheitskooperation am Hauptbahnhof sowie das Projekt „Bahnhof sicher“ weiterentwickelt, um die Maßnahmen der beteiligten Institutionen noch besser miteinander zu verzahnen.

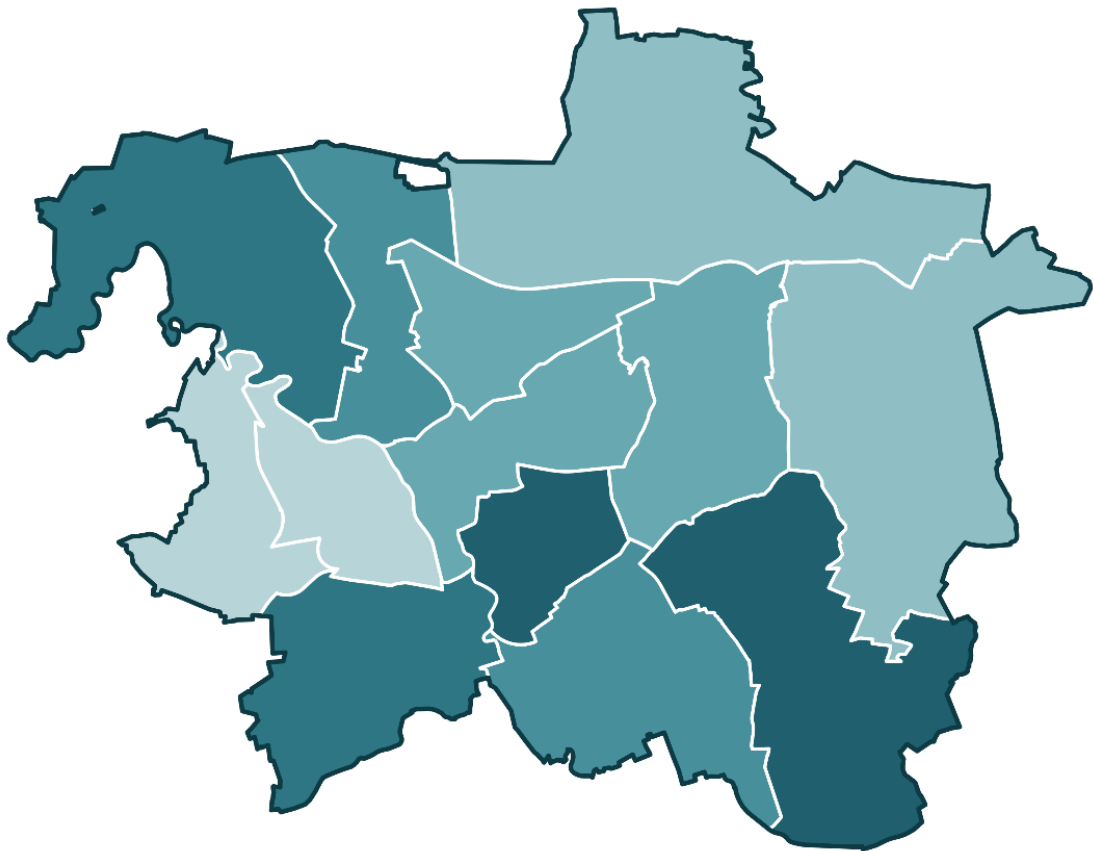
Darüber hinaus wurden wichtige ordnungsrechtliche Instrumente weiterentwickelt. Mit der Ausweitung der Waffenverbotszone und dem Inkrafttreten der neuen Verordnung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung (SOG-VO) wurden die Handlungsmöglichkeiten der zuständigen Behörden erweitert und den aktuellen Herausforderungen angepasst. Die Entwicklung und Optimierung von Konzepten zielt darauf ab, potenziell gefährliche Situationen im öffentlichen Raum zu begrenzen, Straftaten und Ordnungsstörungen frühzeitig entgegenzuwirken und insbesondere vulnerable Gruppen besser zu schützen.

Neben der objektiven Sicherheitslage beeinflusst auch die Sauberkeit des öffentlichen Raums das Sicherheitsempfinden und die Aufenthaltsqualität. Daher fließt seit 2023 die Jahresbilanz der aha-Abfallwirtschaft Region Hannover in den Sicherheitsbericht ein.

Der vorliegende Sicherheitsbericht macht die gemeinsame Arbeit der beteiligten Institutionen sichtbar und zeigt anhand ausgewählter Entwicklungen, Maßnahmen und Projekte, wie die Polizeidirektion Hannover, die Landeshauptstadt Hannover, aha und weitere Partner\*innen gemeinsam Verantwortung für Sicherheit, Ordnung und Lebensqualität in Hannover übernehmen.

STRUKTURDATEN

STRUKTURDATEN DER LANDESHAUPTSTADT HANNOVER



Schematische Darstellung der 13 Stadtbezirke.  
Abbildung wurde mit generativer KI erstellt.

Die Landeshauptstadt Hannover ist in 51 Stadtteile untergliedert, die zu 13 Stadtbezirken zusammengefasst sind. Seit 1981 sind in den Stadtbezirken Stadtbezirksräte mit eigenen Zuständigkeiten, Entscheidungs-, Anhörungs- und Initiativrechten eingerichtet.

Hannover ist ein europäisches Verkehrsdrehkreuz, ein wichtiger Wirtschaftsstandort und eine überregional bedeutende Einkaufsmetropole. Der Hauptbahnhof zählt zu den am stärksten frequentierten Bahnhöfen Deutschlands: Täglich nutzen ihn mehr als 280.000 Reisende, rund 750 Fern- und Regionalzüge passieren ihn.

Gemäß der polizeilichen Zuständigkeitsordnung obliegt der Polizeiinspektion (PI) Hannover die Verantwortung für das gesamte Stadtgebiet; sie wird durch zehn nachgeordnete Polizeikommissariate unterstützt und hat ihren Sitz Am Welfenplatz 1 im Stadtteil List.

|                        |                     |
|------------------------|---------------------|
| Fläche                 | 204,21 km²          |
| Bevölkerung (2024)     | 558.051             |
| Bevölkerungsdichte     | 2.723 Einwohner/km² |
| Kinder & Jugendliche   | 15,4 %              |
| Seniorinnen & Senioren | 25,5 %              |
| Haushalte insgesamt    | 310.397             |
| Einpersonenhaushalte   | 55,7 %              |
| Familienhaushalte      | 16,5 %              |
| Stadtteile             | 51                  |
| Stadtbezirke           | 13                  |

## .01 · POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK

## ENTWICKLUNG DES KRIMINALITÄTSGESCHEHENS

Die Gesamtkriminalität in der Stadt Hannover ist erneut zurückgegangen. Sie liegt mit 67.087 registrierten Straftaten (2024: 72.317) auf dem zweitniedrigsten Stand der vergangenen zehn Jahre. Dies entspricht einem Rückgang von 5.230 Fällen, was einem prozentualen Rückgang von 7,23 Prozent

entspricht. Die Aufklärungsquote erfährt eine Steigerung von 59 Prozent auf 61 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der signifikante Rückgang der Fallzahlen ist insbesondere auf die rückläufigen Zahlen bei Diebstahls- und Rauschgiftdelikten zurückzuführen.



So sank beispielsweise die Zahl der Fahrraddiebstähle um 16,90 Prozent. Der signifikante Rückgang der Rauschgiftdelikte steht im Zusammenhang mit der gesetzlichen Teillegalisierung von Cannabis, die am 01.04.2024 in Kraft trat.

Im Fokus der Betrachtung der Straftatenentwicklung im Berichtsjahr 2025 steht der Rückgang der Gewaltkriminalität (ca. -9 Prozent). Ebenso ist ein Rückgang der Zahl der Messerangriffe um ca. 8 Prozent zu verzeichnen. Trotz dieser rückläufigen Entwicklungen verbleiben die Fallzahlen auf einem hohen Niveau.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der Opfer mit 17.764 Fällen leicht gesunken (-75) und liegt weiterhin auf einem hohen Niveau. Die vorliegenden Opferzahlen zeigen auf, dass Männer in höherem Maße betroffen sind. Im Jahr 2025 wurden 11.101 männliche Opfer registriert, was einem Anteil von 62 Prozent entspricht. Hinsichtlich der Nationalität lässt sich festhalten, dass 67 Prozent der Opfer deutsche Staatsangehörige waren, während 33 Prozent nichtdeutsche Staatsangehörige waren.

Zudem ist die Zahl der Tatverdächtigen zurückgegangen. Im Jahr 2025 wurden insgesamt 25.765 Tatverdächtige registriert, was einem Rückgang von 1.896 Personen bzw. 6,85 Prozent entspricht. Der Anteil der männlichen Tatverdächtigen beläuft sich auf rund 76 Prozent. Es lässt sich feststellen, dass zum Zeitpunkt der Tat 81 Prozent der Tatverdächtigen das 21. Lebensjahr vollendet hatten. Hinsichtlich der Nationalität der Tatverdächtigen zeigt sich, dass der Anteil nicht-deutscher Tatverdächtiger 53 Prozent

und jener deutscher Tatverdächtiger 47 Prozent beträgt.

Bezogen auf Taten mit einem Tatort im Stadtgebiet wurde im Jahr 2025 bei den Tatverdächtigen im Kindesalter eine Gesamtzahl von 797 registriert. Vergleicht man die Anzahl der im Vorjahr registrierten 961 tatverdächtigen Kinder mit der Anzahl der im aktuellen Jahr registrierten Kinder, so ergibt sich ein Rückgang um 164 Tatverdächtige bzw. um 17 Prozent.

Ebenso ist ein Rückgang der Zahl jugendlicher Tatverdächtiger zu verzeichnen. Die Anzahl der registrierten jugendlichen Tatverdächtigen belief sich auf insgesamt 1.968. Dies entspricht einem Rückgang von 343 Personen bzw. 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Ein noch deutlicherer Rückgang ist bei jugendlichen Tatverdächtigen im Bereich der Gewaltkriminalität zu verzeichnen: Die Zahl sank von 461 auf 341 und liegt damit um 26 Prozent unter dem Wert des Jahres 2024.

In den Bereich der Jugendkriminalität fallen häufig auch die Straftaten, die im Schulkontext erfasst werden. Im Jahr 2025 wurden insgesamt 310 Fälle erfasst, was einem Rückgang von 72 Fällen bzw. 18 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht.

Eine detaillierte Darstellung der Kriminalitätsentwicklung ist auf der Internetseite der Polizeidirektion Hannover verfügbar: <https://www.pd-h.polizei-nds.de/kriminalitaet/polizeiliche-kriminalstatistik-2025-118532.html>

In der vorliegenden Publikation werden zudem die Entwicklungen auf Ebene der Stadtbezirke und Stadtteile dargelegt.

### Kennzahlen im Überblick

| Kennzahl                   | 2024   | 2025          | Veränderung    |
|----------------------------|--------|---------------|----------------|
| <b>Straftaten gesamt</b>   | 72.317 | <b>67.087</b> | <b>-7,2 %</b>  |
| Aufklärungsquote           | 59 %   | <b>61 %</b>   | <b>+2,0 %</b>  |
| Opfer (gesamt)             | 17.839 | <b>17.764</b> | <b>-0,4 %</b>  |
| Tatverdächtige (gesamt)    | 27.661 | <b>25.765</b> | <b>-6,9 %</b>  |
| davon Kinder               | 961    | <b>797</b>    | <b>-17,1 %</b> |
| Jugendliche Tatverdächtige | 2.311  | <b>1.968</b>  | <b>-14,8 %</b> |
| davon Gewalkriminalität    | 461    | <b>341</b>    | <b>-26,0 %</b> |
| Straftaten im Schulkontext | 382    | <b>310</b>    | <b>-18,8 %</b> |

#### Zu beachten

Trotz der rückläufigen Entwicklung verbleiben einzelne Deliktsfelder weiterhin auf hohem Niveau. Der Rückgang der Rauschgiftdelikte steht zudem im Zusammenhang mit der Teillegalisierung von Cannabis zum 1. April 2024 und ist daher nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

## 02 · VERNETZTES HANDELN

**VERNETZTES HANDELN – PROJEKT BAHNHOF.SICHER**

Im Rahmen der bereits bestehenden "Sicherheitskonferenz Innenstadt" wurde schon am 08.02.2019 das Projekt "bahnhof.sicher" ins Leben gerufen. Die Entstehung des Projekts wurde maßgeblich durch die seit Jahren manifestierten Unordnungszustände im Umfeld des Hauptbahnhofs Hannover beeinflusst. Der Wirkungsbereich wurde auf das Gebiet des "Quartiers Hauptbahnhof" festgelegt. Zu diesem zählen unter anderem der Ernst-August-Platz, die Niki-de-Saint-Phalle-Promenade, der Raschplatz und die Augustenstraße.

Das Projekt zielte darauf ab, durch zusätzliche Maßnahmen und ein abgestimmtes Vorgehen aller im Bereich tätigen staatlichen und privaten Organisationen mit Sicherheitsaufgaben zur Erhöhung der objektiven und subjektiven Sicherheit beizutragen.

In diesem Bereich finden derzeit nahezu täglich zu unterschiedlichen Zeiten eigene und kooperative Streifenaktivitäten statt. Diese werden neben der protec von den Kräften der Bundespolizei, der Polizei der LHH, des städtischen Ordnungsdienstes sowie des privaten Sicherheitsunternehmens DB Sicherheit durchgeführt. Die sogenannte Quattrostreife trägt nicht nur zu einem verbesserten Verständnis der Sicherheitsorganisationen untereinander bei, sondern festigt auch die partnerschaftliche Kooperation zwischen den Akteuren und erhöht gleichzeitig die Präsenz verschiedener Partner in den sicherheitsrelevanten Bereichen. Die reibungslose Kooperation gewährleistet eine effiziente, effektive und zeitnahe Zusammenarbeit der beteiligten Behörden. Zudem trägt sie zur verstärkten Sichtbarkeit und Wahrnehmung der Streifen durch die Bevölkerung bei.

Es werden im Innenstadtbereich wiederkehrende, konzentrierte Schwerpunkteinsätze mit einem großen Kräfteansatz durchgeführt. Im Rahmen dieser Maßnahme erfolgt eine Kooperation mit einer

Vielzahl weiterer Akteure, darunter u.a. die Polizeidirektion (PD) Hannover, die Bundespolizei, der Städtische Ordnungsdienst der LHH, der Zoll, das Gewerbeaufsichtsamt und das Team Jugendschutz. Das gemeinsame Einsatzgebiet erstreckt sich auf den Innenstadtbereich. Die Bekämpfung von Raubdelik-



©Polizeidirektion Hannover

ten, Körperverletzungen sowie Messerangriffen stellt einen signifikanten Tätigkeitsschwerpunkt der Akteure der Sicherheitsbehörden dar.

Im vorliegenden Kontext wird für den betreffenden Bereich kontinuierlich ein gemeinsames Lagebild erstellt. Darüber hinaus finden regelmäßige Netzwerk-Treffen mit den verschiedenen Sicherheitspartnern statt. Diese werden durch die Teilnahme an politischen Gremien ergänzt. Diese Vorgehensweise ermöglicht einen gemeinsamen Informationsaustausch und ein abgestimmtes und koordiniertes Agieren bei erkannten Handlungsfeldern.

Das Unternehmen aha ergänzt das Konzept durch Reinigungsdienstleistungen, die zu einer Steigerung der Attraktivität des Stadtbildes beitragen. Neben der täglichen Reinigung finden zu diesem Zweck an besonders belasteten Orten wöchentlich zwei gesonderte Reinigungsmaßnahmen statt, die jeweils am Montag und Donnerstag um ca. 07:30 Uhr durchgeführt werden.

## 03 · POLIZEIINSPEKTION HANNOVER

## PROJEKT INNENSTADT DER PI HANNOVER

Die hannoversche Innenstadt weist eine hohe Konzentration und Funktion als Knotenpunkt für eine Vielzahl heterogener Gruppen auf. Sie dient als Transitraum mit dem Hauptbahnhof Hannover sowie großen Stationen des ÖPNV. Darüber hinaus ist sie ein Veranstaltungs- und Versammlungs-Hotspot, ein Diskothekenschwerpunkt, ein Konzentrationsraum für sozial schwache und sich teils in Abhängigkeitskrankheiten befindliche Menschen (Alkohol- und Drogenszene), ein Rotlichtbezirk, Standort ansässiger Rocker- und Türsteherszenen sowie aufgrund der Nähe zur Alkohol- und Drogen-Szene ein beschwerdeträchtiger Bereich mit ansässigen Unternehmen und den Gerichten.



© Polizeidirektion Hannover

Im Januar 2022 wurde das Projekt Innenstadt – PRIN – in die Alltagsorganisation überführt. Das Ziel bestand darin, unter Berücksichtigung der verfügbaren Ressourcen und unter Einbindung weiterer Dienststellen und Netzwerkpartner, wie der Bundespolizei und der LHH, die objektive und subjektive Sicherheit im gesamten Innenstadtbereich durch eine signifikante Steigerung der Präsenz zu erhöhen.

Neben der konsequenten Verfolgung und Vorbeugung von Straftaten zielt das Projekt auf die Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung ab. Im Innenstadtbereich wird eine deutlich erhöhte Präsenz gewährleistet, die auf einem aktualisierten Zeit- und Kräfteansatz basiert. In diesem Kontext sind

insbesondere die täglichen und wöchentlichen Einsätze von uniformierten sowie zivilen Einsatzkräften sowie die Durchführung täterorientierter Schwerpunkttermittlungen zu betonen. Eine engmaschige Lagebewertung ermöglicht eine flexible Reaktion auf sich verändernde inhaltliche und örtliche Entwicklungen.

Der kriminalgeografische Raum des Projekts ist in die Quartiere Raschplatz, Marstall/Steintor und erweiterte Fußgängerzone eingeteilt. Es sei darauf hingewiesen, dass große Teile dieser Quartiere seitens der LHH als Verbotzone für das Führen von Waffen, Messern und gefährlichen Gegenständen (kurz: sog.

städtische Waffenverbotszone) ausgewiesen wurden. Dies erfolgte in enger Abstimmung der Sicherheitsorgane. Zudem wurden seitens der zuständigen Dienststellen diese Bereiche als Kontrollörtlichkeit gemäß NPOG mit Befugnissen zu Personenkontrollen nach dem Gefahrenabwehrrecht festgelegt.

Die PI Hannover bezieht das Einsatzkonzept PRIN auf die aktuell bestehende operative Schwerpunktsetzung der PD Hannover bei der Bekämpfung der Gewaltkriminalität im öffent-

lichen Raum. In diesem Kontext werden die drei Säulen Gewaltprävention, Jugendgewaltprävention und Kontrolle der Waffenverbotszonen als konstitutiv erachtet.

Innerhalb der Drogenszene in der Innenstadt werden regelmäßige und kräfteintensive Schwerpunkteinsätze durchgeführt, die sich auf die Bekämpfung des Handels mit Betäubungsmitteln fokussieren. Es bestehen objektive Zusammenhänge zur Gewaltkriminalität, weshalb diese Maßnahmen als relevant erachtet werden.

Im Rahmen des PRIN werden ergänzend verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung von Kriminalität, zur Kriminalprävention sowie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ergriffen.

## ARBEIT DES KONTAKTBEREICHSDIENSTES

Die Kontaktbereichsdienste der PI Hannover pflegen einen kontinuierlichen Austausch mit dem Stadtbezirksmanagement, dem Bezirksrat sowie weiteren Netzwerkpartnern. Im Rahmen von Bezirksratssitzungen nimmt die Polizei die Funktion einer Ansprechperson für die Belange der Bürgerinnen und Bürger wahr. Der Austausch mit den genannten Akteuren sowie den Institutionen dient der frühzeitigen Identifizierung potenzieller Problemlagen, einer zeitnahen Reaktion auf Anliegen sowie der gemeinsamen Entwicklung geeigneter Präventionsmaßnahmen. In diesem Kontext ist es von besonderer Relevanz, Stadtteilbegehungen als ein Instrument der Bürgerbeteiligung zu etablieren, um einen kontinuierlichen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu gewährleisten.

Etwaige Problemstellungen und sonstige Anliegen der Bürgerschaft werden zielgerichtet durch die Polizei unter Einbeziehung eines etablierten Netzwerks bearbeitet. Zu den vertretenen Institutionen zählen unter anderem aha, der Verkehrsaußendienst, der sozialpsychiatrische Dienst, der Kommunale Sozialdienst und der Städtische Ordnungsdienst. Darüber hinaus nehmen weitere Institutionen / Vereine des betroffenen Quartiers, engagierte Arbeitsgemeinschaften sowie Stadtteilrunden teil.

Der Kontaktbereichsdienst dient als zentraler Ansprechpartner für das Netzwerk "Senioren", den Seniorenbeirat, den Fachbereich Senioren, Altenwohnanlagen und weitere Seniorengruppen. Im Hinblick auf seniorenbezogene Themen, wie etwa aktuelle Kriminalitätsphänomene und Maßnahmen zur Verkehrsunfallprävention, werden unterschiedliche Informations- und Präventionsangebote durchgeführt. Im Rahmen dieses Vorhabens erfolgt eine Kooperation zwischen der Polizei und verschiedenen externen Akteuren. Zu den Beteiligten zählen Sicherheitsberatende für Senioren, das Theater des Seniorenbeirats sowie die Präventionspuppenbühne der PD Hannover.

Der Kontaktbereichsdienst fungiert als verlässlicher Ansprechpartner für die Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften. Durch kontinuierliche Kontaktpflege und Veranstaltungsbegleitung wird eine hohe Präsenz sowie eine schnelle Reaktionsfähigkeit gewährleistet.

Im Bereich der Einbruchsprävention findet eine enge Kooperation mit der Technischen Prävention der PD Hannover statt. Diese manifestiert sich beispielsweise in der Durchführung von Nachsorgen im Kontext von Wohnungseinbrüchen sowie der Erstellung individueller Sicherheitskonzepte zum Schutz vor Einbruch, Diebstahl und ähnlichen Delikten.

Zur Stärkung der Bürgernähe und zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung wird die Polizeipräsenz insbesondere auf Wochen- und Weihnachtsmärkten sowie bei Stadtteilveranstaltungen, beispielsweise besonderen Festen, bewusst als eine wichtige Maßnahme genutzt. Die gesteigerte Fußstreifenförmigkeit, insbesondere in städtischen Räumen, ermöglicht eine unmittelbare und persönliche Interaktion zwischen Bürgerinnen und Bürgern mit den Behörden. Des Weiteren werden Bürgersprechstunden angeboten.

Die gemeinsamen Fußstreifen mit der Abfallfahndung von aha, dem Städtischen Ordnungsdienst und dem Quartiersmanagement tragen zur Erhöhung der Sichtbarkeit der Organisationen bei, schaffen niedrigschwellige Ansprechmöglichkeiten und ermöglichen die frühzeitige Erkennung von Problemen im öffentlichen Raum. Die Implementierung dieser Maßnahmen zielt darauf ab, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken und die Zusammenarbeit sowie die Vernetzung zwischen Behörden und lokalen Institutionen zu optimieren. Im Jahr 2025 konnten beispielsweise zahlreiche sog. Schrottfahrzeuge und -fahräder aus dem öffentlichen Verkehrsraum entfernt werden, was zu einer signifikanten Verbesserung des Stadtbildes beiträgt.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Pflege enger Kontakte zu Gewerbetreibenden; im Innenstadtbereich über die Citygemeinschaft. Dadurch wird es möglich, die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu erheben und zeitnah im Rahmen der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung darauf reagieren zu können.

Im Rahmen der Bestrebungen, die Bürgernähe zu fördern, werden in regelmäßigen Abständen unterschiedliche Aktionen durchgeführt. Hierzu zählen beispielsweise Formate wie "coffee with a cop", Fahrradcodierungen sowie Informations- und Präventionsveranstaltungen. Auch kreative Ansätze, wie etwa interaktive Lesungen für Kinder oder Krimi-

Lesungen für Erwachsene, tragen dazu bei, Einblicke in die polizeiliche Arbeit zu geben und den Dialog mit der Bevölkerung zu stärken.

Im Jahr 2025 wurden ebenfalls die Begleitung von Kinder- und Sommerfesten, die Aktion FerienCard 2025 sowie Aktionen in Jugendtreffs und anderen Begegnungsstätten durchgeführt.

Im Rahmen von Jugendstreifen wird gezielt der Kontakt zu Jugendlichen an deren Treffpunkten gesucht und bei Veranstaltungen entsprechende Präventionsgespräche geführt. Zu den entsprechenden Einsatzbereichen zählen etwa Sondereinsätze, die im Rahmen des Frühlings- und Oktoberfestes, an Silvester oder in der von Jugendlichen frequentierten Innenstadt durchgeführt werden.

Der Kontaktbereichsdienst verfolgt in seiner Gesamtheit einen ganzheitlichen Ansatz zur Stärkung der Sicherheit in den Stadtteilen. Das Ziel dieser Maßnahmen besteht in der nachhaltigen Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung sowie der Förderung eines vertrauensvollen Miteinanders. Zu diesem Zweck werden Präsenz, Bürgernähe, frühzeitige Prävention und eine enge Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren angestrebt.

## 05 · VERKEHRSSICHERHEIT

# VERKEHRSSICHERHEITSARBEIT

Die PD Hannover definiert jährlich die Schwerpunkte ihrer Verkehrssicherheitsarbeit. Hierzu zählen alle Maßnahmen der Verkehrsunfallprävention und Verkehrsüberwachung. Die Grundlage hierfür bilden die Landesfachstrategie Verkehr der Polizei Niedersachsen, die landesweite Schwerpunktsetzung in der Verkehrssicherheitsarbeit und die strategischen

Ziele der PD Hannover im Bereich zu verkehrspolizeilichen Maßnahmen. Darüber hinaus existieren diverse Präventionsprojekte und -angebote im Bereich der Verkehrsunfallprävention, die sich größtenteils auf einzelne spezifische Themenbereiche beziehen.

**449**

**Alkohol am Steuer**  
-21,9 % ggü. 2024

**368**

**Drogen am Steuer**  
-12,8 % ggü. 2024

**3.097**

**Präventionstermine**  
Kinder & Jugendliche

## Verkehrsüberwachung

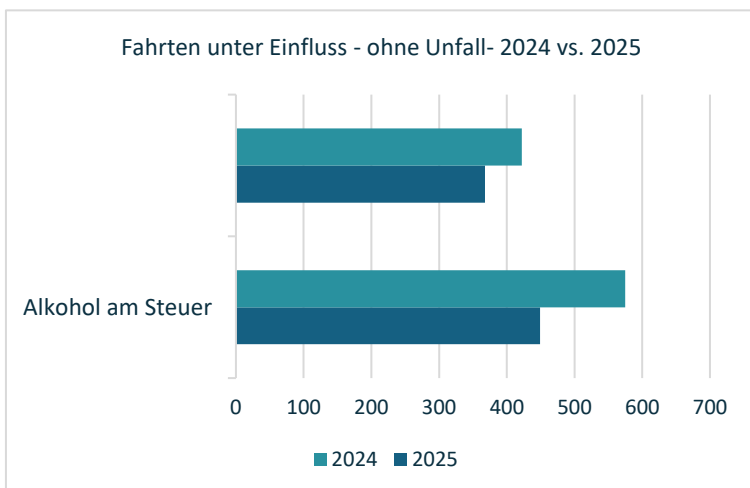
Im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit nimmt neben der Prävention von Verkehrsunfällen auch die Verfolgung von Fehlverhalten im Straßenverkehr eine zentrale Rolle ein. Hierzu zählt insbesondere die Überprüfung der Fahrtüchtigkeit sowie die Bekämpfung der Hauptunfallursache, der überhöhten bzw. nicht angepassten Geschwindigkeit.

Im vergangenen Jahr wurden in Hannover 449 Verfahren gegen Personen eingeleitet, die ein Fahrzeug unter Alkoholeinfluss führten, ohne dass es zu einem Verkehrsunfall kam. Dies entspricht einem Rückgang um 126 Fälle bzw. 21,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (2024: 575 Fälle). Darüber hinaus wurde bei 368 Personen eine Beeinträchtigung durch Betäubungsmittel festgestellt, ohne dass sie in einen Unfall verwickelt waren. Dies

entspricht einer Reduktion um 12,8 Prozent bzw. 54 Fälle (vgl. 2024: 422 Fälle).

Die Polizei ergänzt die kommunale Verkehrsüberwachung durch die Implementierung von Geschwindigkeitsüberwachungsmaßnahmen. Die Polizei fokussiert sich in ihrer Präventionsarbeit insbesondere auf Lokalitäten, an denen ein überdurchschnittliches Unfallaufkommen dokumentiert wurde oder an denen spezifische Personengruppen mit einem erhöhten Gefährdungsrisiko konfrontiert sind. Zu diesen Lokalitäten zählen beispielsweise Grundschulen oder Einrichtungen, die von mobilitätseingeschränkten Personen frequentiert werden.

Das vorrangige Ziel der polizeilichen Verkehrsüberwachung besteht darin, das schwere Unfallgeschehen an besonders unfallbelasteten Örtlichkeiten zu minimieren.



## Verkehrsunfallprävention

Im Jahr 2025 fokussierte sich die PD Hannover im Rahmen der Verkehrsunfallprävention in der Landeshauptstadt insbesondere auf die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen. Für diese Gruppe wurden zahlreiche Präventionsmaßnahmen wie Schulwegüberwachungen, Radfahrausbildungen, Verkehrserziehung und Elternabende durchgeführt. Insgesamt wurde eine Anzahl von 3.097 Veranstaltungen registriert, die

darauf abzielen, die Verkehrssicherheit zu verbessern.

Im Rahmen der Präventionsarbeit wurden für Seniorinnen und Senioren 23 Veranstaltungen angeboten, die verschiedene Themenbereiche abdeckten. Dazu zählten das Radfahren, das Verhalten in Bus und Bahn, die Sichtbarkeit bei Dunkelheit, das Thema "Fit im Auto" sowie "Pedelec fahren – aber sicher!".



© Polizeidirektion Hannover

Für die Risikogruppe der jungen Fahrenden (18 bis 24 Jahre) wurden seitens der PD Hannover gezielte Präventionsprojekte offeriert, darunter die Kampagne "Abgelenkt ... ist neben der Spur!".

Darüber hinaus findet Unfallprävention im Rahmen der Arbeit der Unfallkommission statt. Die Polizei hat in dieser Kommission den Vorsitz inne und koordiniert in Kooperation mit den Vertreterinnen und Vertretern der Verkehrs- und Baubehörden Orts-terminale sowie Maßnahmen, mit dem Ziel, den Verkehrsraum sicherer zu gestalten. Zu den potenziellen Maßnahmen zählen etwa Optimierungen der Beschilderung oder Markierung sowie die bauliche Umgestaltung von Verkehrsflächen.

### Fahrradstaffel

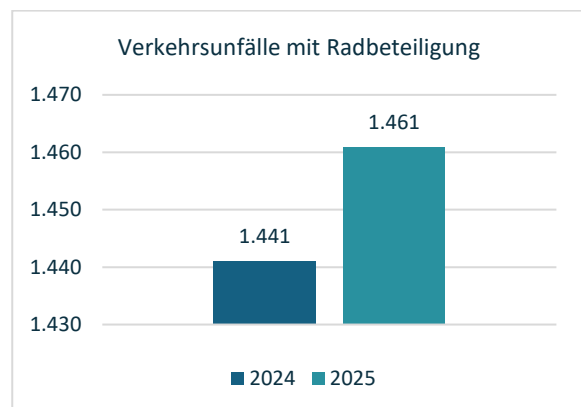
Das Fahrrad erfährt gegenwärtig eine signifikant zunehmende Popularität als alternatives und umweltfreundliches Fortbewegungsmittel. So verzeichnete allein die LHH im Jahr 2019 mehr als zehn Millionen Fahrradbewegungen. Nach einem Rückgang in den folgenden Jahren wurde im Jahr 2025 erneut die Marke von zehn Millionen Zählungen erreicht.

Seit dem 1. März 2021 hat sich die PD Hannover, bedingt durch die neu gegründete Fahrradstaffel, noch stärker auf das Fahrrad als Verkehrsmittel konzentriert.

Die Zunahme des Radverkehrs, insbesondere in Kombination mit neuen Mobilitätsformen wie E-

Scootern, führt in Kombination mit der ohnehin hohen Verkehrsdichte im innerstädtischen Bereich zu einer Verkehrssituation, die mitunter konfliktbeladen ist. Dies kann sich wiederum auf die Verkehrsunfallentwicklung des Radverkehrs auswirken.

Die Anzahl der polizeilich erfassten Verkehrsunfälle, an denen der Radverkehr beteiligt war, ist im Jahr 2025 in der Landeshauptstadt leicht gestiegen (+20 auf 1.461 Unfälle). Dies entspricht einem Anstieg von 1,39 Prozent. Vergleicht man die Zahl der untersuchten Jahre, so liegt diese unter dem Mittelwert von 1.492.



Bei etwa der Hälfte der dokumentierten Verkehrsunfälle wurden Radfahrende als Verursachende registriert. Demnach fokussieren sich polizeiliche Überwachungsmaßnahmen sowohl auf Verstöße gegen als auch auf Verstöße von Radfahrenden.

06 · KOMMUNIKATION & DIALOG

## ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Sicherheit ist ein fundamentales Gut, dessen Erhalt eine kontinuierliche Kommunikation zwischen den Sicherheitsorganen und der Bevölkerung voraussetzt. Die Öffentlichkeitsarbeit der PD Hannover und der LHH nimmt dabei eine entscheidende Rolle als Bindeglied ein.

Das Ziel besteht darin, die objektive Sicherheitslage durch eine proaktive und transparente Informationspolitik für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar und nachvollziehbar zu machen.



Ein hohes Sicherheitsgefühl entsteht demnach in dem Maße, in dem staatliches Handeln für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar, verständlich und ansprechbar ist. Die Darstellung sicherheitsrelevanter Entwicklungen sowie die gezielte Thematisierung von Maßnahmen, wie z.B. im Bereich der Waffenverbotszonen oder der Bekämpfung der Betäubungsmittelkriminalität, führt zur Reduktion von Komplexität und Stärkung von Vertrauen. Transparenz impliziert in diesem Kontext die Offenlegung von Herausforderungen sowie die aktive Einbindung der Bevölkerung in die Sicherheitsarchitektur.

### Die Pressestelle: Verlässlichkeit in der klassischen Berichterstattung

Die Pressestelle der PD Hannover nimmt die Funktion einer zentralen Schnittstelle für die tagesaktuelle Berichterstattung sowie die langfristige Repräsentation der Behörde in den klassischen Medien (Print, TV, Radio) ein. Zu Ihren Aufgaben gehören:

- **Objektivierung der Lage:** Durch die tägliche Aufbereitung von Polizeipressemitteilungen stellt sie sicher, dass die Medien mit validen Fakten arbeiten. Dies wirkt der Entstehung von Gerüchten entgegen und ordnet Einzelereignisse in den Gesamtzusammenhang ein.
- **Krisen- und Ereigniskommunikation:** Bei Einsatzlagen oder herausragenden Straftaten sowie öffentlichkeitswirksamen Großveranstaltungen sorgt die Pressestelle für einen steten Informationsfluss, um die

Bevölkerung zeitnah zu informieren und polizeiliche Maßnahmen sowie Ermittlungsstände zu erklären.

- **Thematische Schwerpunktsetzung:** Neben der reinen Ereigniskommunikation platziert die Pressestelle Hintergrundberichte zu strategischen Themen wie der Kriminalprävention oder der Arbeit der spezialisierten Fachkommissariate, um die Professionalität und Präsenz der Polizei zu verdeutlichen.

### Social Media: Direkte Kommunikation und digitale Präsenz

Die Social-Media-Kanäle der PD Hannover stellen einen wesentlichen Pfeiler der Distribution von Inhalten sowie der damit verbundenen Stärkung des Sicherheitsgefühls dar. Diese ermöglichen eine unmittelbare und zeitnahe Kommunikation mit der Bevölkerung, beispielsweise durch Warnmeldungen, Fahndungsaufrufe sowie Informationen zu aktuellen Einsatzlagen, Verkehrsbeeinträchtigungen oder die Korrektur von Falschmeldungen sowie konkrete Verhaltenshinweise. Dies resultiert in einer gesteigerten Transparenz des polizeilichen Handelns und einer Stärkung des Vertrauens.

Darüber hinaus werden durch die Kanäle Maßnahmen zur Prävention und Aufklärung umgesetzt, die darauf abzielen, spezifische Zielgruppen über Kriminalitätsformen, Betrugsmaschen und sicherheitsrelevantes Verhalten zu informieren. Visuelle Inhalte tragen dabei zu einer verständlichen Vermittlung und hohen Reichweite bei. Als Beispiele können die diesjährige Veröffentlichung der Polizeilichen

Kriminalstatistik im sogenannten "Wrapped Style" sowie die Serie zum Thema Trickbetrug angeführt werden. Darüber hinaus begünstigt die Nutzung von Social Media die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, da Hinweise zu Straftaten oder verdächtigen Beobachtungen unkompliziert übermittelt werden können. Ergänzend gestatten sie eine einsatzbegleitende Kommunikation durch die Bereitstellung aktueller Informationen und Handlungsanweisungen.

### Innovatives Dialogformat: Die Twitch-Livestreams

Um auch jüngere Zielgruppen zu erreichen und eine noch hürdenfreie Interaktion zu ermöglichen, hat die PD Hannover ihr Portfolio um wöchentliche Livestreams auf der Plattform Twitch erweitert. Das beschriebene Format kann als innovativ betrachtet werden und markiert einen Wendepunkt in der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit.

- Echtzeit-Dialog: Im Gegensatz zu klassischen Formaten erlaubt Twitch eine unmittelbare Interaktion. Bürgerinnen und Bürger können Fragen direkt im Chat stellen, die mit Expertise der Polizei ohne Zeitverzug beantwortet werden.
- Nahbarkeit und Authentizität: Durch das lockere, aber fachlich fundierte Format werden die Beamtinnen und Beamten als nahbare Ansprechpartner wahrgenommen.

Dies baut Distanz ab und fördert das Vertrauen in die Institution.

- Aufklärung in der Tiefe: In den Streams werden komplexe Themen – von der Ausbildung bis hin zu speziellen Präventionstipps – ausführlich behandelt, was über die begrenzten Zeichenformate anderer sozialer Netzwerke hinausgeht.

Seit dem Start der Livestreams auf der Plattform Twitch hat die Polizei mit ihren Präventionsthemen mehr als eine Million Menschen erreicht und deren Fragen nahezu in Echtzeit beantwortet. Die Organisation und Durchführung der Livestreams erfolgt nicht ausschließlich durch die Mitarbeitenden der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

In regelmäßigen Abständen stehen Expertinnen und Experten aus diversen Fachbereichen und Dezernten der Polizei der Community Rede und Antwort.

Für die professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gilt unabhängig vom jeweiligen Kommunikationskanal, dass durch die Verbindung von klassischer Pressearbeit, dynamischem Social-Media-Management und interaktiven Live-Formaten die PD Hannover die Kommunikation zum Thema Sicherheit modern, transparent und vor allem wirksam gestaltet.



© Polizeidirektion Hannover

## FACHBEREICH ÖFFENTLICHE ORDNUNG

### Städtischer Ordnungsdienst (SOD)

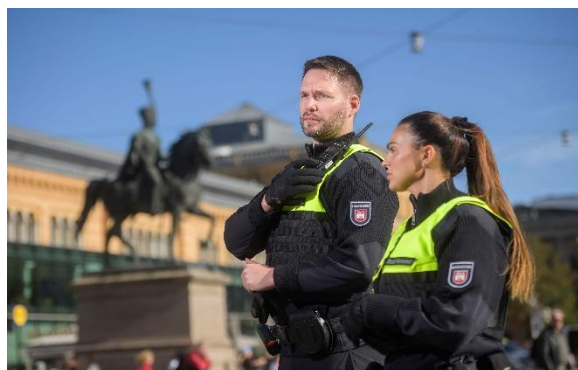
Der Städtische Ordnungsdienst der Landeshauptstadt Hannover ist ein zentraler Bestandteil der kommunalen Sicherheitsarchitektur. Seine Aufgaben liegen insbesondere in der Überwachung und Durchsetzung von Regelungen zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum.

Organisatorisch ist der SOD im Fachbereich Öffentliche Ordnung angesiedelt. In den vergangenen Jahren wurde der Bereich kontinuierlich weiterentwickelt und personell verstärkt, um den gestiegenen Anforderungen im Stadtgebiet gerecht zu werden.

#### Die Aufgaben des SOD umfassen insbesondere:

- Überwachung des öffentlichen Raums und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten
- Kontrolle von Grünanlagen, Spielplätzen und stark frequentierten Bereichen
- Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bei ordnungsrechtlichen Störungen
- Unterstützung bei Veranstaltungen und besonderen Einsatzlagen
- Zusammenarbeit mit Polizei, Feuerwehr und weiteren Behörden.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der sichtbaren Präsenz im Stadtgebiet. Durch regelmäßige Streifentätigkeit wird nicht nur auf Verstöße reagiert, sondern auch präventiv auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung eingewirkt.



©LHH/Scheffen

Parallel zum klassischen Ordnungsdienst wurden ergänzende Strukturen wie die Leitstelle und die Ordnungsbotschafter\*innen aufgebaut, um eine

noch effektivere Bearbeitung von Anliegen zu ermöglichen. Diese Verzahnung verbessert die Einsatzsteuerung und erhöht die Reaktionsgeschwindigkeit.



©LHH/Herzog

Ein wichtiger Bestandteil der Weiterentwicklung ist die Ausbildung der Mitarbeitenden. Neben der fachlichen Qualifikation spielt insbesondere das Einsatztraining eine zentrale Rolle. Hier werden praxisnahe Situationen trainiert, um ein sicheres, professionelles und verhältnismäßiges Einschreiten zu gewährleisten.

Die bisherigen Entwicklungen zeigen, dass der SOD einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in Hannover leistet. Ziel bleibt es, die Präsenz weiter auszubauen, die Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsakteuren zu intensivieren und die Qualität der Aufgabenerfüllung kontinuierlich zu verbessern.

### Leitstelle

Die Leitstelle des Städtischen Ordnungsdienstes (SOD) ist die zentrale Koordinierungs- und Kommunikationsstelle für ordnungsrechtliche Anliegen im öffentlichen Raum der Landeshauptstadt Hannover. Sie fungiert als erste Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, interne Dienststellen sowie externe Sicherheitsakteure.

Die Leitstelle ist über die zentrale Rufnummer **0511 / 168-55555** für die Öffentlichkeit erreichbar und gewährleistet eine strukturierte Aufnahme, Bewertung und Priorisierung eingehender Hinweise. Ergänzend werden Meldungen über digitale Kanäle sowie aus anderen Verwaltungseinheiten verarbeitet. Ziel ist eine möglichst schnelle und lageangepasste Weiterleitung an die Einsatzkräfte vor Ort.

### Zu den Kernaufgaben der Leitstelle gehören:

- Entgegennahme und Bearbeitung von Bürgerhinweisen
- Koordination von Einsätzen des SOD sowie des Verkehrsaußendienstes
- Lagebewertung und Priorisierung von Einsatzanlässen
- Dokumentation und Nachverfolgung von Vorgängen
- Enge Abstimmung mit der Polizei und weiteren Kooperationspartnern

Die Leitstelle arbeitet nach klar definierten Abläufen, die eine effiziente Einsatzsteuerung sicherstellen. Eingehende Hinweise werden nach Dringlichkeit bewertet und entsprechend disponiert. Dabei spielen sowohl objektive Kriterien (z. B. Gefahrenlage, Verkehrsbeeinträchtigung) als auch Erfahrungswerte aus der täglichen Praxis eine wichtige Rolle.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen eine kontinuierlich steigende Inanspruchnahme der Leitstelle. Insbesondere Themen wie Ruhestörungen, ordnungswidriges Verhalten im öffentlichen Raum sowie verkehrsbezogene Anliegen prägen das Einsatzgeschehen. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Leitstelle eine wichtige Schnittstelle zwischen Bürgerschaft und Verwaltung darstellt.

Für die Zukunft ist eine weitere personelle sowie technische Stärkung der Leitstelle vorgesehen. Dazu gehören die Weiterentwicklung digitaler Meldewege, die Optimierung interner Prozesse sowie eine noch engere Verzahnung mit Polizei und weiteren Akteuren der Gefahrenabwehr. Ziel ist es, die Reaktionsfähigkeit weiter zu erhöhen und den Service für die Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich zu verbessern.

### Ordnungsbotschafter\*innen (OBO)

Mit der Einführung der Ordnungsbotschafter\*innen (OBO) hat die Landeshauptstadt Hannover auf das gestiegene Sicherheits- und Präsenzbedürfnis der Bevölkerung in den Stadtbezirken reagiert. Das Projekt ist ein zentraler Baustein zur Stärkung der sichtbaren Ordnung und Sicherheit außerhalb der Innenstadt.

Der operative Start des Projekts erfolgte im Juni 2025. Ziel ist der Einsatz von OBO in allen Stadtbezirken (außer Mitte), sodass eine feste Zuordnung und damit ein hoher Wiedererkennungswert für die Bürger\*innen gewährleistet wird. Gegenwärtig sind alle Stellen besetzt und am 1. September 2026 werden alle OBO ihren Dienst aufgenommen haben.

Die Ordnungsbotschafter\*innen sind organisatorisch im Bereich des Städtischen Ordnungsdienstes verankert und übernehmen eine wichtige Schnittstellenfunktion zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Sicherheitsakteuren. Ihr Ansatz ist geprägt durch Präsenz, Ansprechbarkeit und Prävention.

### Zu den wesentlichen Aufgaben zählen:



©LHH

- Ansprechpartner\*innen für Bürger\*innen im Stadtbezirk
- Aktives Zugehen auf Menschen im öffentlichen Raum
- Feststellung und Aufnahme von Unordnungszuständen
- Regelmäßige Präsenz an stark frequentierten Orten (z. B. Wochenmärkte, Schulumfeld)
- Unterstützung bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs
- Enge Zusammenarbeit mit Polizei, Stadtbezirksmanagement und weiteren lokalen Akteur\*innen.

Ein wesentlicher Schwerpunkt liegt auf der frühzeitigen Erkennung von Problemlagen. Die OBO erfassen Entwicklungen direkt vor Ort und leiten bei Bedarf Maßnahmen ein oder stoßen weitergehende Einsätze des SOD an.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen eine sehr positive Resonanz sowohl seitens der Bevölkerung als auch der lokalen Netzwerke. Insbesondere die feste Zuordnung zu Stadtbezirken ermöglicht den Aufbau nachhaltiger Beziehungen und ein verbessertes Lageverständnis.

## Statistik 2025 gesamt LHH

### Überblick über die Entwicklung 2024–2025:

Die vorliegenden Zahlen zeigen für das Jahr 2025 insgesamt einen deutlichen Anstieg der festgestellten Verstöße, Maßnahmen und Kontrollen gegenüber dem Vorjahr. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der städtische Ordnungsdienst im Jahr 2025/26 einen erheblichen Personalzuwachs erfahren hat. Ein wesentlicher Teil des Jahres war durch die Einarbei-

tung neuer Mitarbeitender geprägt. Zudem haben die Ordnungsbotschafter\*innen zum 01.07.2025 ihre Tätigkeit aufgenommen und seitdem zahlreiche Kontrollen durchgeführt, Beschwerden bearbeitet und Verstöße festgestellt. Die Entwicklungen sind daher nicht ausschließlich als Ausdruck einer tatsächlichen Zunahme von Fehlverhalten zu verstehen, sondern teilweise auch auf eine erhöhte Kontrolldichte und eine verbesserte Erfassung von statistischen Daten zurückzuführen.

**21.905**

**Kontrollen**  
+76,1 % ggü. 2024

**558**

**Platzverweise**  
+246,6 %

**+660 %**

**Sicherstellungen**  
20 → 152 Fälle

### Kontrollen

Die Zahl der Kontrollen stieg von 12.439 auf 21.905 (+76,1 %). Dies ist insbesondere auf den Personalaufwuchs beim städtischen Ordnungsdienst sowie den Einsatz der Ordnungsbotschafter\*innen zurückzuführen. Die erhöhte Präsenz im öffentlichen Raum und die zusätzlichen Kontrollressourcen führten zwangsläufig zu einer höheren Feststellungsquote von Verstößen.

### Verkehrsordnungswidrigkeiten und Abschleppmaßnahmen

Die Zahl der Verkehrsordnungswidrigkeiten (+163,1 %) sowie der Abschleppmaßnahmen (+262,2 %) ist deutlich gestiegen. Neben der gestiegenen Personalsstärke und der damit verbundenen erhöhten Kontrolldichte trugen insbesondere folgende Faktoren zu dieser Entwicklung bei:

- stärkere Schwerpunktkontrollen an bekannten Problemstandorten,
- eine verbesserte Einsatzplanung und Datenauswertung,
- eine höhere Bürger\*innenhinweisquote,
- zunehmender Parkdruck in innerstädtischen Bereichen,
- konsequentere Ahndung von Verstößen im ruhenden Verkehr.

### Waffenverbotszonen und Sicherstellungen

Die Zahl der festgestellten Verstöße in den Waffenverbotszonen stieg von 36 auf 152 Fälle (+322,2 %). Parallel dazu erhöhten sich die Sicherstellungen von 20 auf 152 Fälle (+660,0 %).

Diese Entwicklung ist vor allem auf die intensivierten Kontrollmaßnahmen in den Waffenverbotszonen zurückzuführen. Die erhöhte Präsenz der Einsatzkräfte und gezielte Kontrollaktionen führten zu einer deutlich höheren Aufdeckungsquote. Die gestiegene Zahl der Sicherstellungen ist daher als unmittelbare Folge des erhöhten Kontrolldrucks zu bewerten und trägt dazu bei, potenzielle Gefährdungslagen frühzeitig zu reduzieren und die Sicherheit im öffentlichen Raum zu verbessern.



© FB Öffentliche Ordnung

### Platzverweise

Mit einem Anstieg von 161 auf 558 Platzverweise (+246,6 %) zeigt sich ebenfalls die Wirkung der verstärkten Präsenz des Ordnungsdienstes. Zusätzlich haben folgende Faktoren beigetragen :

- konsequentere Durchsetzung ordnungsrechtlicher Maßnahmen,
- vermehrte Beschwerden aus der Bevölkerung,
- stärkere Frequentierung öffentlicher Plätze und Aufenthaltsbereiche,
- Verlagerung bestimmter Problemlagen in den öffentlichen Raum.

### Störendes Verhalten in der Öffentlichkeit und aggressives Betteln

Besonders auffällig sind die Anstiege bei störendem Verhalten in der Öffentlichkeit (+198,5 %) und aggressivem Betteln (+280,0 %).

Diese Entwicklung ist in erster Linie im Kontext der intensivierten Kontrolltätigkeit zu betrachten. Die erhöhte Präsenz der Einsatzkräfte führt dazu, dass Sachverhalte häufiger erkannt und dokumentiert werden, die bislang unentdeckt geblieben wären. Die deutlich gestiegenen Fallzahlen bei störendem Verhalten in der Öffentlichkeit und aggressivem Betteln spiegeln daher in erster Linie eine Erhellung des bisherigen Dunkelfeldes wider. Darüber hinaus kommen weitere Erklärungsansätze in Betracht. Hierzu zählen insbesondere:

- zunehmende soziale Problemlagen und wirtschaftliche Belastungen,
- eine steigende Zahl von Personen mit Unterstützungs- oder Hilfebedarf,
- eine intensivierte Nutzung öffentlicher Räume als Aufenthaltsorte,
- verstärkte Schwerpunktkontrollen in besonders belasteten Bereichen
- eine höhere Sensibilität der Bevölkerung und damit verbundene Zunahme von Hinweisen und Beschwerden

### Liegen, Lagern und Schlafen im öffentlichen Raum

Die Zahl der Feststellungen stieg von 112 auf 185 Fälle (+65,2 %).

Neben der erhöhten Kontrolldichte können hierfür insbesondere klimatische und witterungsbedingte

Ursachen verantwortlich sein. Mögliche weitere Einflussfaktoren sind:

- längere Phasen mit milden Temperaturen,
- zunehmende Wohnungslosigkeit oder prekäre Wohnsituationen,
- stärkere Frequentierung innerstädtischer Aufenthaltsbereiche,
- verbesserte Erfassung durch die verstärkte Präsenz des Ordnungsdienstes.

### Verstöße gegen die Spielplatzsatzung

Die Verstöße gegen die Spielplatzsatzung gingen deutlich von 22 auf 3 Fälle (-86,4 %) zurück.

Die Entwicklung ist jedoch nur eingeschränkt interpretierbar. Die Erfahrungen aus der Einsatzpraxis zeigen, dass Verstöße auf Spielplätzen häufig bereits durch die Präsenz des Ordnungsdienstes sowie durch frühzeitige Sensibilisierung und persönliche Ansprache beendet werden. Im Rahmen des regelmäßig angewandten gestuften Einschreitenkonzepts reagieren die Betroffenen überwiegend kooperativ, sodass formelle Maßnahmen oder Anzeigen vielfach nicht erforderlich werden. Die niedrige Fallzahl ist daher auch Ausdruck einer präventiven Wirkung der ordnungs-behördlichen Präsenz und Kommunikation. Ein belastbarer Rückschluss auf einen tatsächlichen Rückgang ordnungswidrigen Verhaltens auf Spielplätzen ist allein auf Grundlage der Fallzahlen jedoch nicht möglich



© LHH/Herzog

### Lärmbelästigungen einschließlich Straßenmusik

Die Fälle stiegen von 25 auf 35 (+40,0 %). Mögliche Ursachen sind:

- stärkere Nutzung öffentlicher Räume,

- höhere Veranstaltungs- und Aufenthaltsdichte,
- intensivere Kontrollen,
- erhöhte Beschwerdebereitschaft der Bevölkerung.

### Taubenfütterungen

Die Zahl der festgestellten Verstöße blieb mit 11 bzw. 10 Fällen nahezu unverändert. Hier ist von einer weitgehend stabilen Lage auszugehen. Die Ahndung von Verstößen gegen das Taubenfütterungsverbot ist regelmäßig mit hohen Aufklärungshürden verbunden. Die Fütterungen erfolgen meist nur kurzzeitig, sodass verantwortliche Personen bei Kontrollen häufig nicht mehr angetroffen werden. Ohne unmittelbare Feststellung der Handlung oder belastbare Hinweise auf die Verursachenden ist die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens in vielen Fällen nicht möglich. Die Fallzahlen spiegeln daher das tatsächliche Ausmaß entsprechender Verstöße nur eingeschränkt wider.

### Gesamtbewertung

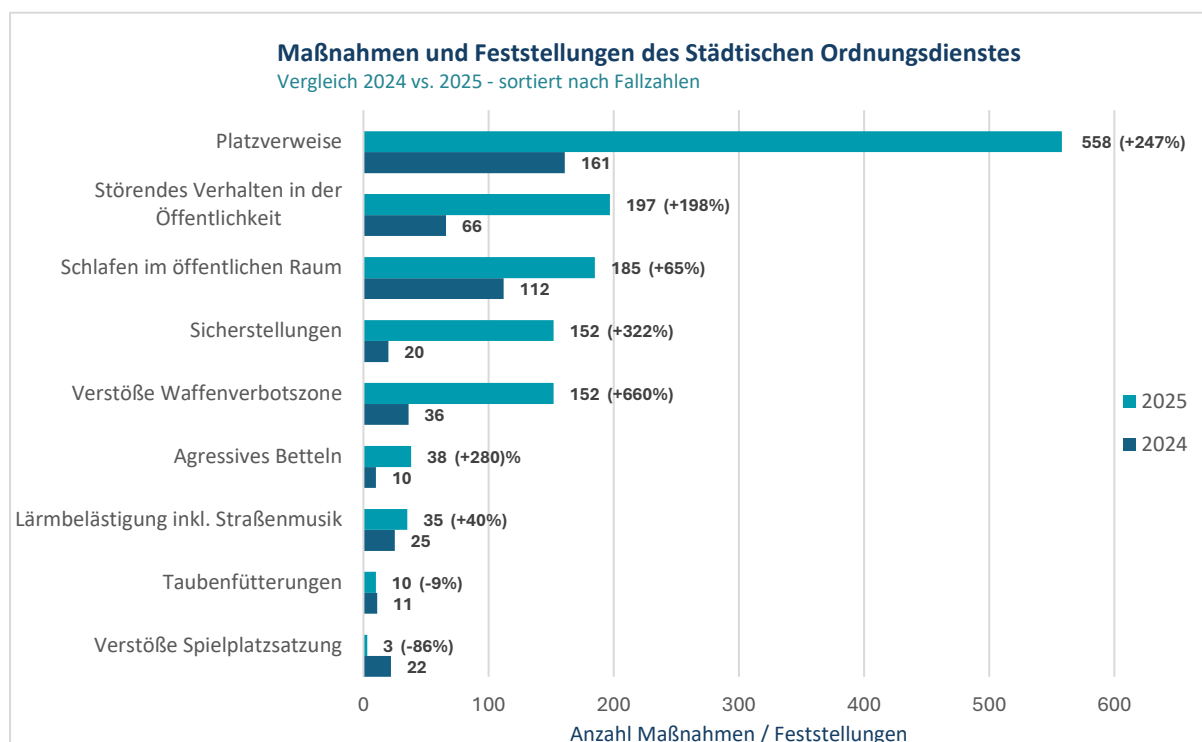
Die Zahlen des Jahres 2025 sind maßgeblich durch den Personalaufwuchs beim städtischen Ordnungsdienst, die Einarbeitung neuer Mitarbeitender, die Aufnahme der Tätigkeit der Ordnungsbotschafter sowie die deutliche Ausweitung der Kontrolltätigkeit

geprägt. Der Anstieg vieler Fallzahlen dürfte daher zumindest teilweise auf eine höhere Entdeckungswahrscheinlichkeit und eine Aufhellung bislang



©LHH/Herzog

nicht erkannter Verstöße zurückzuführen sein. Gleichzeitig weisen die Entwicklungen bei störendem Verhalten in der Öffentlichkeit, aggressivem Betteln und dem Liegen, Lagern und Schlafen im öffentlichen Raum darauf hin, dass neben der verbesserten Erfassung auch gesellschaftliche und soziale Veränderungen Einfluss auf die Fallzahlen haben könnten. Für eine abschließende Bewertung wäre eine Betrachtung über mehrere Jahre hinweg sinnvoll, um zwischen tatsächlichen Lageveränderungen und kontrollbedingten Effekten unterscheiden zu können.



#### Zu beachten

Der Anstieg vieler Fallzahlen ist maßgeblich auf den Personalaufwuchs, die Einarbeitung neuer Mitarbeitender und den Einsatz der Ordnungsbotschafter\*innen (seit 01.07.2025) zurückzuführen. Höhere Werte spiegeln vor allem die gestiegene Präsenz und eine verbesserte Erfassung wider – nicht nur zwingend eine Zunahme des Fehlverhaltens.

## SICHERHEITSKOOPERATION MIT DER ÜSTRA UND POLIZEI

Die Ergebnisse der Sicherheitsbefragung Ende 2023 machten deutlich, dass im öffentlichen Personenverkehr (ÖPNV) sowie an den Haltestellen und Stationen ein verbreitetes subjektives Unsicherheitsgefühl besteht. Vor diesem Hintergrund wurde die Sicherheit im ÖPNV als ein eigenes Handlungsfeld definiert und die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure in diesem Bereich weiter ausgebaut.

Mit der Polizei besteht bereits seit längerem eine Sicherheitspartnerschaft: Im Bereich des Bahnhofes arbeiten Landes- und Bundespolizei, ÜSTRA/protec, HRG/protec und die Deutsche Bahn/DB Sicherheit seit Jahren in der AG bahnhof:sicher zusammen.

Ergänzend wurde 2025 eine weitere Sicherheitspartnerschaft der Partner\*innen ÜSTRA, Landespolizei, protec als beauftragter Sicherheitsdienstleister der ÜSTRA und der LHH gegründet, um die objektive Sicherheit auch im und um den ÖPNV weiter zu verbessern und dem bestehenden Unsicherheitsgefühl zu begegnen.

### Als Ziele wurden dabei definiert:

- Frühzeitige Prävention
- Enge Abstimmung der Partner\*innen
- Konsequente Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten
- Verbesserte Präsenz

### Als Maßnahmen wurden vereinbart:

- Zusammenarbeit bei Schulungen, gegenseitige Hospitationen, Best-Practice-Austausch
- Erhöhung der Sichtbarkeit, kooperative Einsätze
- Regelmäßiger Informationsaustausch zu sicherheitsrelevanten Vorfällen
- Abstimmung von schnellen Informationswegen bei besonderen Gefahrenlagen
- Gegenseitige Unterstützung beim Hausrecht
- Beratung zu Präventionsmaßnahmen, z.B. Videoaufzeichnung

- Optimierung der Ausleuchtung an Haltestellen
- Gemeinsame Informations- und Beratungsangebote sowie Präventionskampagnen
- Austausch von Expert\*innenwissen bei z.B. Baumaßnahmen
- Aufbau einer gemeinsamen technischen Informationsplattform mit Übersicht öffentlich zugänglicher Defibrillatoren.

Die Arbeitsgruppe trifft sich regelmäßig mehrmals im Jahr.

### Die Zusammenarbeit in der Praxis:

Aus den vereinbarten Zielen und Maßnahmen ist eine Zusammenarbeit entstanden, die sich über verschiedene Arbeitsfelder erstreckt.

### Qualifizierung und fachlicher Austausch

Ende 2025 fand die erste gemeinsame Schulung für die Mitarbeitenden der beteiligten Partner zum Thema „Lebensraum Straße“ statt. Die Straßensozialarbeit der Landeshauptstadt Hannover vermittelte dabei Fachwissen zu den Lebenslagen und Herausforderungen im öffentlichen Raum. Ergänzend wurden praktische Erfahrungen ausgetauscht und die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Akteuren weiter gestärkt.

### Sichtbarkeit im öffentlichen Raum

Im Juli 2025 und Februar 2026 führten die Partner der Sicherheitskooperation auf dem Ernst-August-Platz gemeinsame öffentliche Präventionsaktionen durch. Dabei informierten die beteiligten Akteure über ihre Aufgaben, standen Bürger\*innen für Fragen und Gespräche zur Verfügung und sensibilisierten zu aktuellen Sicherheitsthemen. Themenschwerpunkte waren die Waffenverbotszone, die Sicherheit an Haltestellen, die neue städtische Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (SOG-VO) und die Sensibilisierung für das Thema Catcalling.

Die ersten kooperativen Einsätze fanden unter Beteiligung des Städtischen Ordnungsdienstes (SOD) und des Sicherheitsdienstleisters protec in ausgewählten U-Bahnstationen statt. Da protec dort im Auftrag der ÜSTRA das Hausrecht ausübt, können ordnungsrecht-

liche und hausrechtliche Beschwerdelagen durch kooperative Einsätze an Haltestellen unmittelbar miteinander verzahnt werden.

### **Gemeinsame Lagebewertung und abgestimmte Einsatzkoordination**

Die Sicherheitspartner\*innen stimmen ihre Lageeinschätzungen regelmäßig ab und verdichten ihre Erkenntnisse zu einem gemeinsamen Lagebild. Auf dieser Grundlage können Entwicklungen frühzeitig erkannt und gezielte Maßnahmen abgeleitet werden. So werden gemeinsame Einsatzlagen, beispielsweise anlässlich des Jahreswechsels, bereits im Vorfeld gemeinsam geplant, abgestimmt und anschließend ausgewertet.

Bei besonderen Einsatzlagen, wie beispielsweise bei Fußballspielen mit erhöhtem Konfliktpotenzial, ist im Rahmen der Besonderen Aufbauorganisation (BAO) der Polizei eine Verbindungsperson der ÜSTRA eingebunden.

Auch Halloween zählt zu den Anlässen mit erhöhtem Aufkommen im öffentlichen Raum. An Halloween 2025 war eine Führungskraft des Städtischen Ordnungsdienstes im Einsatzstab der Polizei vertreten. Die direkte Einbindung in den Einsatzstab ermöglicht es, ordnungsrechtliche und polizeiliche Maßnahmen unmittelbar aufeinander abzustimmen.

Die Arbeitsgruppe (AG) „Sicherheit und Ordnung am Engelbosteler Damm“ bündelt die Zusammenarbeit für einen Bereich mit erhöhtem Abstimmungsbedarf. Die intensive Nutzung des öffentlichen Raumes führt dort zu wiederkehrenden Beschwerdelagen und stellt besondere Anforderungen an Sicherheit und Sauberkeit, auch an Haltestellen. Das Interventionskonzept, welches ordnungsrechtliche und polizeiliche Maßnahmen mit sozialen Hilfsangeboten bündelt, wird auf Grundlage eines gemeinsamen und fortlaufend gepflegten Lagebildes der Polizei, ÜSTRA und Landeshauptstadt Hannover koordiniert und weiterentwickelt. Um bei sicherheitskritischen Ereignissen schnell und abgestimmt handeln zu können, haben die Partner\*innen verbindliche Kommunikations- und Dokumentationswege festgelegt. Diese stellen sicher, dass relevante Informationen ohne unnötigen Zeitverlust die richtigen Stellen erreichen und Maßnahmen unmittelbar eingeleitet werden können. Ergänzend tauschen sich die Partner\*innen regelmäßig über aktuell technische Entwicklungen aus - beispielsweise zu neuen kameratechnischen Lösungen – um deren Nutzen für die Sicherheit im öffentlichen Raum frühzeitig bewerten zu können.

### **Präventionsmaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit**

Gemeinsam mit den Sicherheitspartner\*innen werden regelmäßige öffentliche Präventionsaktionen durchgeführt, unter anderem zu den Themen Sicherheit im öffentlichen Raum sowie im ÖPNV, Taschendiebstahl, Waffenverbotszone und SOG-VO, Zivilcourage und Catcalling. Eine Übersicht auf bereits stattgefundenen Aktionen findet sich im Kapitel Prävention: Gemeinsame Präventionsaktionen.

### **Was ist als nächstes geplant?**

Eine Vereinbarung zur Ermächtigung des Städtischen Ordnungsdienstes (SOD), das Hausrecht an Bus- und Bahnstationen der ÜSTRA auszuüben, soll noch in diesem Jahr geschlossen werden. Dadurch wird der SOD künftig in die Lage versetzt, im Rahmen seiner regulären Streifen auch ohne Begleitung des Sicherheitsdienstleisters protec bei störenden Verhalten an Haltestellen unmittelbar einzuschreiten und hausrechtliche Maßnahmen zu ergreifen.

Darüber hinaus werden derzeit gegenseitige Hospitationen der Partner\*innen untereinander vorbereitet. Durch den vertieften Einblick in die jeweiligen Arbeitsweisen und Zuständigkeiten wird das gegenseitige Verständnis vertieft und die Zusammenarbeit der Einsatzkräfte weiter verstärkt.

Der Aufbau einer zentralen Online-Plattform mit einem stadtweiten Überblick über frei zugängliche Defibrillatoren befindet sich derzeit in der Umsetzung. Ergänzend ist eine Kooperation mit der App „Katretter“ geplant, um die Notfallversorgung weiter zu unterstützen.

## SICHERHEITSKONFERENZEN

### Mobile Sicherheitskonferenzen

Die mobilen Sicherheitskonferenzen sind ebenfalls Bestandteil des Ende 2024 von der Politik beschlossenen Maßnahmenbündels zur Stärkung der objektiven und subjektiven Sicherheit. Sie schaffen einen direkten Austausch zwischen Bürger\*innen, Politik, Verwaltung und Polizei und dienen dazu, sicherheitsrelevante Themen gemeinsam vor Ort zu identifizieren und konkrete Maßnahmen für die jeweiligen Stadtgebiete abzuleiten.



© LHH/Herzog

### Südstadt-Bult

Am 08. Dezember 2025 fand die erste mobile Sicherheitskonferenz im Stadtbezirk Südstadt-Bult statt. Organisiert wurde die mobile Sicherheitskonferenz vom Stadtbezirksmanagement. Im Vorfeld waren Bürger\*innen, Vereine und weitere Interessierte aufgerufen, Hinweise auf Orte und Situationen zu geben, an denen aus ihrer Sicht Handlungsbedarf zur Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit besteht. Die eingegangenen Hinweise bildeten die Grundlage für die Route der gemeinsamen Begehung. Gemeinsam mit den Bürger\*innen und Interessierten, Mitgliedern des Stadtbezirksrates, der Polizei sowie Vertreter\*innen der zuständigen Fachbereiche der Stadtverwaltung wurden die gemeldeten Orte aufgesucht, bewertet und mögliche Maßnahmen erörtert.

Im Mittelpunkt standen die Themen Beleuchtung, Parkverstöße, Gefahren durch den fließenden

Verkehr, Müll und Barrierefreiheit. Die identifizierten Handlungsfelder wurden zur weiteren Bearbeitung an die zuständigen Fachbereiche übergeben. Alle Hinweisgebenden haben im Anschluss eine persönliche Rückmeldung zum weiteren Vorgehen erhalten.

### Ricklingen

Die zweite mobile Sicherheitskonferenz fand am 18. März 2026 im Stadtbezirk Ricklingen statt. Die Vorbereitung und Durchführung erfolgte - wie bereits bei der ersten mobilen Sicherheitskonferenz - durch das Stadtbezirksmanagement. Im Vorfeld wurden neun zentrale Themenfelder identifiziert und 16 konkrete Hinweise aus der Bürgerschaft eingereicht. Um ausreichend Zeit für den Austausch mit den Bürger\*innen zu gewährleisten, wurde die Route auf fünf Stationen in zwei Teilbereichen konzentriert.

Trotz einer geringeren Beteiligung als bei der mobilen Sicherheitskonferenz in Südstadt-Bult konnten zahlreiche konstruktive Gespräche geführt und konkrete Handlungsbedarfe identifiziert werden.

**Ausblick:** Die nächste geplante mobile Sicherheitskonferenz ist für die zweite Jahreshälfte 2026 im Stadtbezirk Mitte vorgesehen. Grundsätzlich sind jährlich zwei mobile Sicherheitskonferenzen in wechselnden Stadtbezirken vorgesehen.

### Sicherheitskonferenz Landeshauptstadt Hannover - im Rahmen des DPT

Im Rahmen des Deutschen Präventionstages (DPT) veranstaltete das Zentrum für Kommunale Kriminalprävention erstmals die „Sicherheitskonferenz - Landeshauptstadt Hannover“. Im Mittelpunkt stand der Dialog mit Bürger\*innen und Besuchenden des DPT über die Themen Sicherheit, Respekt, Vielfalt und Rassismus. Eine ausführliche Darstellung der Veranstaltung findet sich im Kapitel „Deutscher Präventionstag (DPT)“.

## STÄDTISCHE REGELUNGEN

### Waffenverbotszone

Die Verordnung über die Einführung einer Verbotszone über das Führen von Waffen, Messern und gefährlichen Gegenständen in der Landeshauptstadt Hannover wurde mit Wirkung zum 20. Dezember 2025 neu gefasst.

Die bestehende Waffenverbotszone zwischen Steintor, Kröpcke und Raschplatz wurde zeitlich ausgeweitet und gilt nun rund um die Uhr. Zuvor galt das Waffenverbot dort von 21 bis 6 Uhr, lediglich der Bereich im Hauptbahnhof war bereits ganztägig erfasst.

Die Neufassung der Verordnung dient der weiteren Stärkung der Sicherheit in der Innenstadt und verfolgt das Ziel, das Mitführen von Waffen, Messer und



© LHH/Herzog

anderen gefährlichen Gegenständen im öffentlichen Raum konsequent zu unterbinden. Erfahrungen zeigen, dass die Verfügbarkeit einer mitgeführten Waffe die Wahrscheinlichkeit ihres Einsatzes erhöht und dadurch Menschen verletzt und getötet werden.

Die Evaluation der bisherigen Waffenverbotszone bestätigt ihre Wirksamkeit. Gewaltdelikte unter Einsatz gefährlicher Gegenstände häufen sich zwar in den Abend- und Nachtstunden, ereignen sich aber

auch über den übrigen Tagesverlauf. Vor diesem Hintergrund wurde eine zeitlich durchgängige Verbotszone eingeführt, um das Risiko von Gewaltdelikten und Eskalationen durch das Mitführen bestimmter gefährlicher Gegenstände im öffentlichen Raum zu reduzieren. Begleitende Maßnahmen wie eine sichtbare Beschilderung, regelmäßige Kontrollen und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen die Umsetzung, mit dem Ziel, die objektive Sicherheit zu erhöhen und zur Stärkung des Sicherheitsgefühls in diesem Areal beizutragen.

Neben der zeitlichen Ausweitung werden nun auch Reizstoffsprühgeräte und Tierabwehrsprays (umgangssprachlich Pfeffersprays) grundsätzlich in das Verbot einbezogen, wie es bereits in anderen Städten praktiziert wird. Hintergrund ist die Einschätzung der Polizei, dass auch Abwehrsprays keine verlässliche Sicherheit bieten und insbesondere bei einer zweckentfremdeten Verwendung gegen Menschen erhebliche Gefahren verursachen können. In Bereichen mit hohem Personenaufkommen können zudem Unbeteiligte Reizstoffen ausgesetzt sein und schwerwiegende gesundheitliche Schäden erleiden. Dies gilt insbesondere für vulnerable Gruppen wie Kinder, ältere Menschen oder Personen mit Atemwegserkrankungen oder Herz-Kreislauf-Problemen.

Darüber hinaus kann das Spray entwendet und gegen die mitführende Person selbst eingesetzt werden oder sich durch ungünstige Windverhältnisse oder einer Eskalation der Situation unbeabsichtigt gegen sie richten.

Als Alternative empfiehlt sich ein Taschenalarm. Dieser macht Umstehende auf die Situation aufmerksam und kann potenzielle Täter\*innen abschrecken. Im Rahmen einer Präventionsaktion im März 2026 wurde über alternative Möglichkeiten zur Abschreckung und zur Aufmerksamkeitserzeugung in Bedrohungssituationen informiert.

In der öffentlichen Drucksache Nr. 2093/2025 können die Entwicklung der Straftaten in der Waffenverbotszone detailliert nachgelesen werden: <https://e-government.hannover-stadt.de/lhshimwebre.nsf/DS/2093-2025>

## ALLGEMEINVERFÜGUNG IM ÜBERBLICK

### Geltungszeit

31. Dezember, 20:00 Uhr – 1. Januar, 03:00 Uhr

### Erfasste Pyrotechnik

Feuerwerksprodukte der Kategorien F2, F3 und F4 sowie sonstige pyrotechnische Gegenstände im Sinne des Sprengstoffgesetzes.

### Räumlicher Geltungsbereich

Innenstadtbereich vom Opernplatz über Kröpcke, Georgstraße und Steintor bis einschließlich Münzstraße, ein Teil der Goseriede sowie der Einmündungsbereich der Kurt-Schumacher-Straße. Ebenfalls einbezogen sind die Karmarschstraße bis zum Platz der Weltausstellung, die Bahnhofstraße, der Ernst-August-Platz und der Bereich des Raschplatzes.

### Bundesweite Rechtslage

Kleinfeuerwerk darf ausschließlich am 31. Dezember und am 1. Januar 2026 abgebrannt werden. Zum Schutz sensibler Orte wie Kirchen, Krankenhäuser sowie Kinder- und Senioreneinrichtungen ist das Abbrennen in deren unmittelbarer Nähe ganzjährig nicht zulässig.

## Böllerverbotszone

Seit 2018 erlässt die Landeshauptstadt Hannover jährlich zu Silvester eine ordnungsrechtliche Allgemeinverfügung, die das Mitführen und Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen in Teilen der Innenstadt regelt, um Besucher\*innen vor Ort eine möglichst friedliche und ungefährliche Silvesternacht zu ermöglichen.

Auch zum Jahreswechsel 2025/2026 war angesichts der Erfahrungen in den Vorjahren und der Gefahrenbewertung durch die Polizei eine Allgemeinverfügung erforderlich, um Gefahren für Leib und Leben in einem hochfrequentierten Bereich durch den missbräuchlichen Einsatz von Feuerwerkskörpern zu minimieren.

Im Vorfeld des Jahreswechsels kontrollierten Mitarbeitende des Städtischen Ordnungsdienstes und zahlreiche Polizeibeamt\*innen die Einhaltung des „Böllerverbots“ gemeinsam. Bereits am Nachmittag des Silvestertages, vor Beginn des Verbots, informierten die städtischen Ordnungskräfte die Passant\*innen in der Innenstadt und beantworteten Fragen vor Ort. Damit Besucher\*innen ihre mitgeführte Pyrotechnik sicher abgeben konnten, wurden am Silvestertag am Rand der Verbotszone Entsorgungscontainer aufgestellt. Begleitend informierte die Stadt bereits im Vorfeld über Internet, Social Media, Aushänge und Flyer über die geltenden Regelungen und kontaktierte Clubs und Gastronomische Betriebe in der Innenstadt. Da die Waffenverbotszone bereits rund um die Uhr galt, konnte verbotswidrig mitgeführtes Feuerwerk zudem auch außerhalb der Böller-Zeiten sichergestellt werden.

Diese enge Zusammenarbeit hat sich bewährt. Dennoch zeigte sich, dass ein Teil der Besucher\*innen das Verbot trotz der umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit nicht kannte. Dieser Befund unterstreicht den weiterhin hohen Stellenwert einer breiten Information der Öffentlichkeit. Insgesamt haben die Maßnahmen der vergangenen Jahre spürbar gewirkt: Die kritischen Zustände in der Innenstadt, wie sie vor Einführung der ersten Verbotsregelung zu beobachten waren, konnten überwiegend vermieden werden.

Eine von vielen Menschen gewünschte Ausweitung der Verbotszone - etwa mit Blick auf Sicherheit, der Lärm- und Luftbelastung sowie das Müllaufkommen - ist nach den derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich. Ob zu künftigen Jahreswechseln erneut eine Verbotszone eingerichtet wird, entscheiden die Landeshauptstadt Hannover, die Polizeidirektion Hannover jeweils gemeinsam auf Grundlage einer Nachbesprechung und einer aktuellen Gefahrenbewertung mit dem Ziel, den Bürger\*innen einen möglichst friedlichen und sichereren Jahreswechsel zu ermöglichen.

## SOG-VO

Ende 2025 wurde eine Neufassung der Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Hannover (SOG-VO) in die politischen Gremien eingebracht, die am 12. Juni 2026 in Kraft trat und die Fassung aus dem Jahr 2007 ablöste. Anlass der Neufassung war eine in den vergangenen Jahren feststellbare Zunahme an störenden und ordnungswidrigen Verhalten im öffentlichen Raum. Hierzu zählen insbesondere Verhaltensweisen, die das Sicherheits- und Sauber-

keitsempfinden der Bevölkerung nachhaltig beeinträchtigen und zu Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum führen. Die bisherige Verordnung war diesen Herausforderungen in Teilen nicht mehr gewachsen: Sie war stellenweise zu allgemein gehalten und für viele Sachverhalte zu abstrakt.

Die Neufassung schließt Regelungslücken im Bereich der Gefahrenabwehr und benennt konkrete Ordnungswidrigkeiten. Indem sie häufig auftretende Tatbestände klar und rechtssicher definiert, schafft sie sowohl für Bürger\*innen als auch für Einsatzkräfte Klarheit darüber, welche Verhaltensweisen im öffentlichen Raum zulässig sind und welche nicht. Dies ist erforderlich, da ordnungsbehördliche Verordnungen Gebote und Verbote für eine unbestimmte Anzahl von Fällen und Personen regeln und damit eine verlässliche Grundlage für den Vollzug schaffen. Auf dieser Grundlage kann der städtische Ordnungsdienst bei wiederkehrenden Störungen unmittelbar, situationsgerecht und verhältnismäßig einschreiten.

Zugleich wurde die Verordnung unter dem Gesichtspunkt der Deregulation auf den tatsächlich erforderlichen Regelungsbedarf überprüft. Da sich die Verordnung aus 2007 in der Praxis weitgehend bewährt hat, wurden bewährte Regelungen fortgeschrieben, überarbeitet und an neue Anforderungen angepasst.

Insgesamt stärkt die neue Verordnung die öffentliche Ordnung. Sie wirkt ordnungswidrigem Verhalten durch deutlich konkretere Regelungen präventiv entgegen und trägt dazu bei, das subjektive Sicherheitsgefühl zu stärken. Gleichzeitig dient sie einer geordneten Nutzung des öffentlichen Raums im Interesse der Allgemeinheit und des sozialen Zusammenhalts.

Die vollständige Verordnung und die dazugehörige Drucksache Nr. 0202/2026 sind im Sitzungsmanagement der Landeshauptstadt Hannover veröffentlicht:

<https://e-government.hannover-stadt.de/lhhsimwebre.nsf/DS/0202-2026>

## PRÄVENTION

### Konfliktmanagement im öffentlichen Raum

Im öffentlichen Raum treffen unterschiedliche Nutzungsgruppen mit verschiedenen Bedürfnissen aufeinander, aus denen Nutzungskonflikte entstehen können. Insbesondere in den Abend- und Nachtstunden wünschen sich Anwohnende Ruhe, während vor allem Jugendliche und junge Erwachsene den öffentlichen Raum als Aufenthalts- und Begegnungsraum nutzen.

Konflikte treten insbesondere in den warmen Jahreszeiten am Wochenende und vor Feiertagen spät-abends und nachts auf, wenn sich viele Menschen draußen aufhalten. Die Auswirkungen reichen von störendem Lärm, herumliegendem Müll, wildem Urinieren bis hin zu Auseinandersetzungen zwischen Personen oder Personengruppen. Unter Alkoholeinfluss verschärften sich diese Konflikte erfahrungsgemäß zusätzlich. Neben Beschwerden können daraus auch Straftaten wie Beleidigungen, Belästigungen oder Körperverletzungen entstehen. Die Lebensqualität der Anwohnenden kann nachhaltig beeinträchtigt werden, aber auch ansässige Gewerbetreibende benötigen gute Rahmenbedingungen für ihre Geschäftsausübung. Seit 2022 ist im Quartier Linden-Nord ein Konfliktmanagement im öffentlichen Raum etabliert, das im Jahr 2026 auf Grundlage eines politischen Beschlusses örtlich ausgeweitet wird. Ziel dieser Maßnahme ist es, die Nutzungskonflikte zwischen Anwohnenden und erlebnisorientierten Nutzer\*innen des öffentlichen Raums sowie zwischen den Nutzer\*innengruppen zu reduzieren. Dabei wird ein multiperspektivischer, dialoggestützter sowie ganzheitlicher Ansatz verfolgt, der die Interessen aller Beteiligten einbezieht.

Nach einer öffentlichen Ausschreibung wurde der Auftrag im Frühjahr 2026 so erteilt, dass nunmehr neben dem Quartier Linden Nord rund um die Limmerstraße erstmals auch Bereiche der Nordstadt mit dem Georgengarten sowie teilweise der Vahrenwalder-Park in den Sommermonaten jeweils Freitags- und Samstagsabends durch die Konfliktmanager betreut werden kann. Die Ausweitung 2026 soll zeigen, ob diese Form des Konfliktmanagements auch für andere Stadtteile in Hannover ein sinnvoller Ansatz ist, um Nutzungskonflikte zu entschärfen.

Auch der SOD ist in den Sommermonaten freitags und samstags in den Abend- und Nachtstunden rund um die Limmerstraße im Einsatz und ahndet insbesondere Ordnungswidrigkeiten wie Lärm, will-des Urinieren und weiteres störendes Verhalten.

Begleitet wird die Arbeit der Konfliktmanager\*innen durch einen zweiwöchentlichen Austausch zwischen dem beauftragten Kollektiv 17, der Landeshauptstadt Hannover, aha, dem Stadtbezirksmanagement sowie anlassbezogen der Polizei. Dadurch können besondere Vorkommnisse und neue Beschwerdelagen frühzeitig abgestimmt und geeignete Maßnahmen eingeleitet werden.

### Arbeit des Zentrums für kommunale Kriminalprävention (ZKK)

Das „Zentrum für Kommunale Kriminalprävention“ ist die zentrale Anlaufstelle der Landeshauptstadt Hannover für Sicherheits- und Präventionsthemen. Durch seine gesamtstädtische Einbindung stärkt das Zentrum für Kommunale Kriminalprävention die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Fachbereichen und Netzwerkpartner\*innen und professionalisiert die Bearbeitung interdisziplinärer Präventionsthemen.

Die Arbeit des Zentrums für Kommunale Kriminalprävention gliedert sich in drei Handlungsfelder:

#### Handlungsfeld 1: Kommunalen Präventionsrat (KPR) und Unterarbeitsgruppen

Ein zentrales Handlungsfeld ist der Kommunale Präventionsrat (KPR) der Landeshauptstadt Hannover mit seinen Unterarbeitsgruppen. Entsprechend der Geschäftsordnung des Kommunalen Präventionsrates bietet der KPR eine Plattform für den fachlichen Austausch mit aktuellen präventionsrelevanten Themen, um gemeinsame Lösungen, Impulse und Handlungsschritte zu entwickeln und zu koordinieren. Er vernetzt die mit dem Thema Prävention befassten Akteur\*innen im Stadtgebiet und ermöglicht so eine wirkungsvolle und kooperative Präventionsarbeit. Ein Schwerpunkt liegt hier auf den Themen urbane Sicherheit und Kriminalprävention im öffentlichen Raum. Im Fokus stehen dabei auch Themen wie Gewalt- und Extremismusprävention, Demokratieförderung sowie der Einsatz für Zivilcourage und ein respektvolles Miteinander. Durch

seinen interdisziplinären Sachverstand und seine Expertise leistet der Präventionsrat einen wichtigen Beitrag zur Präventionsarbeit in der Landeshauptstadt Hannover. Die Geschäftsführung fungiert als Bindeglied zwischen dem KPR und der Stadtverwaltung und kommuniziert die laufende Präventionsarbeit nach innen und nach außen. Der KPR arbeitet als stadtweites Netzwerk daran, Sicherheit, Zusammenhalt und Lebensqualität in Hannover zu stärken.

### Handlungsfeld 2: Kommunales Präventionsmanagement und Kommunale Präventionsstrategie

Für den thematischen Schwerpunkt „Kommunale Kriminalprävention“ wurde das Angebot der Prozessbegleitung im Zentrum für Kommunale

Kriminalprävention für die LHH fest etabliert, wobei die Prozessbegleitung auf Präventionsthemen zeitlich und inhaltlich auf den Bereich Sicherheit und Ordnung begrenzt ist. Hier wurde im Hinblick auf aktuelle Herausforderungen ein Format etabliert, um Themen zu bearbeiten, entsprechende Akteur\*innen zu identifizieren, um Netzwerke zu schaffen und eine Struktur für eine professionalisierte, zielführende, konstante und je nach Bedarf interdisziplinäre Befassung mit dem jeweiligen Thema zu gewährleisten. Beispiele hierfür sind der Runde Tisch Messervorfälle sowie das Netzwerk „Catcalling is OVER in Hannover“. Ziel dieses Formates ist die Stärkung der urbanen Sicherheit und des gesellschaftlichen Miteinanders.



Eine Aktion des KPR, die bundesweit Aufmerksamkeit für das Thema „Catcalling“ schaffte: Ein riesiges Banner schmückte über mehrere Tage den Rathausbalkon und trug stellvertretend für die gesamte Stadtverwaltung ein eindeutiges Statement. © Catcalling: LHH / Christian Burkert

### Handlungsfeld 3: Praxisimpulse für die Kommunale Prävention

Kriminalprävention wird in Hannover als gesamtstädtische Aufgabe verstanden. Das Zentrum für Kommunale Kriminalprävention greift aktuelle Präventionsthemen auf und trägt strategische Praxisimpulse in die Stadtverwaltung. Neben dem jeweils aktuellen Jahresmotto des KPR werden auch Themen früherer Jahresmottos bedarfsorientiert aufgegriffen und weitergeführt. Dies geschieht beispielsweise durch Fachtage, Aktionen, Veranstaltungen oder Projekte wie „Rote Bänke für Hannover“. Darüber hinaus betreibt das ZKK Benchmarking. Erkenntnisse aus den regionalen, natio-

nalen und europäischen Netzwerken, wie dem Städtenetzwerk Kriminalprävention sowie des Deutsch Europäischen Forums für urbane Sicherheit (Defus/Efus), werden ausgewertet und für die Weiterentwicklung der kommunalen Präventionsarbeit genutzt. Die Koordination dieser Netzwerke ist bereits seit Beginn der jeweiligen Mitgliedschaften bei der Geschäftsführung des ZKK angesiedelt.

#### 30 Jahre Kommunalen Präventionsrat

Das Jahr 2025 war für den Kommunalen Präventionsrat ein ganz besonderes Jahr: Gegründet im Jahr 1995, feierte der KPR 2025 sein 30jähriges Bestehen. Zahlreiche Vertreter\*innen aus Verwaltung, Polizei,

Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik kamen zusammen, um auf drei Jahrzehnte erfolgreiche Präventionsarbeit in der Landeshauptstadt zurückzublicken und den Blick auf zukünftige Herausforderungen zu richten. Im Anschluss an die Feierlichkeiten wurde die Ausstellung „30 Jahre Kommunalen Präventionsrat“ im Bürgersaal eröffnet. Sie zeigte verschiedene Plakate, Texte, Fotos, Installationen, greifbare Projekte des Kommunalen Präventionsrates sowie Erinnerungsstücke von verschiedenen Zeitzeug\*innen aus der Entstehungsgeschichte des KPR.



© 30 Jahre KPR LHH / Kalagrafik

## Ausblick

Im Jahr 2026 und darüber hinaus ist für das Zentrum für Kommunale Kriminalprävention die weitere Etablierung und Ausgestaltung des Kommunalen Präventionsmanagements sowie der „Präventionshauptstadt Hannover“ von zentraler Bedeutung. Dazu gehört neben der strategischen Partnerschaft mit dem Deutschen Präventionstag insbesondere die Weiterentwicklung des dortigen Publikumstages, um das Thema Prävention für Bürger\*innen greifbarer zu machen. Auch die strategische Weiterentwicklung von Leuchtturmprojekten wie „Catcalling is OVER in Hannover“ wird das ZKK weiter in den Fokus nehmen.

## Deutscher Präventionstag (DPT)

Der Deutsche Präventionstag ist ein internationaler Kongress zum Thema Kriminalprävention und angrenzender Bereiche, der jährlich an zwei aufeinanderfolgenden Tagen in Deutschland stattfindet.

Nachdem der Deutsche Präventionstag in den vergangenen drei Jahrzehnten in wechselnden Städten stattfand, ist die niedersächsische Landeshauptstadt seit 2026 nun für die nächsten zehn Jahre fester Austragungsort. Um dies gemeinsam auszugestalten, haben die Landeshauptstadt Hannover und der Deutsche Präventionstag (DPT) eine strategische Partnerschaft vereinbart. Hannover soll als „Präventionshauptstadt“ etabliert werden.

Den Auftakt für diese strategische Partnerschaft machte der 31. Deutsche Präventionstag am 13. und 14. April in Hannover. Rund 3.000 Fachleute aus Verwaltung, Wissenschaft, Politik, Justiz, Polizei, Sozialarbeit und weiteren Bereichen trafen sich an diesen beiden Tagen in Hannover, um aktuelle Herausforderungen und innovative Ansätze der Präventionsarbeit zu diskutieren. Schwerpunktthema des Kongresses war „KI in der Prävention“.

Für den zweiten Kongresstag, den traditionellen kostenfreien Publikumstag, hat das Zentrum für Kommunale Kriminalprävention das Format „Sicherheitskonferenz - Landeshauptstadt Hannover“ entwickelt, um mit Bürger\*innen und Besuchenden zu den Themen Sicherheit, Respekt, Diversity und Rassismus ins Gespräch zu kommen.

Zu Beginn regte der Impulsvortrag „Zivilcourage, Gewaltprävention und Deeskalation“ des Juristen, Psychologen und Trainers Aurel Schwarz zum Mitmachen an, in dem verschiedene Handlungsimpulse direkt vor Ort ausprobiert werden konnten.

Eine Paneldiskussion mit dem Titel „Wie steht es um das Sicherheitsempfinden in Hannover?“ mit dem Ersten Stadtrat Dr. Axel von der Ohe, Hannovers Gleichstellungsbeauftragter Luisa Arndt, Stefan Sengel, Polizeivizepräsident der PD Hannover, „Asphalt“-Geschäftsführerin Katharina Sterzer sowie Dr. Hamideh Mohagheghi vom Rat der Religionen in Hannover beleuchtete unterschiedliche Facetten der subjektiven Sicherheit.

Darüber hinaus sorgte ein Auftritt der hannoverschen Poetry Slammerin Antonia Josefa (@katzenknoten) zum Thema Angst und Empowerment für großes Interesse, ebenso wie der Auftritt von Ex-Monrose-Sängerin Bahar Kizil, die mit ihren gesellschafts-

kritischen Stücken für den musikalischen Teil der Veranstaltung sorgte.

Dialogstände verschiedener Institutionen luden ein, ins Gespräch zu kommen und sich zu verschiedenen Themen zu informieren. Die Sicherheitskonferenz war mit rund 300 Personen und einem sehr diversen Publikum gut besucht.

Aufgrund der positiven Resonanz wird die Sicherheitskonferenz zukünftig als festes Instrument des Bürger\*innendialogs auf dem DPT verankert sein.



Die beiden Geschäftsführerinnen des ZKK, Sinem Eryurt-Celik und Thea Giebl, auf dem Messestand der Landeshauptstadt Hannover auf dem Deutschen Präventionstag. © LHH / Christian Burkert.

Der 32. Deutsche Präventionstag findet am 24. und 25. Mai 2027 unter dem Schwerpunktthema „Vulnerabilität und Prävention“ statt.

Ausblick auf die kommenden Jahreskongresse: <https://www.praeventionstag.de/nano.cms/ausblick#termine>

## Communities That Care (CTC)

Communities That Care (CTC) ist eine ursprünglich in den USA entwickelte Arbeitsmethode, die Kommunen dabei unterstützt, ihre Präventionsaktivitäten zielgenauer und wirksamer zu gestalten. CTC wird mittlerweile in vielen Ländern weltweit eingesetzt und weiterentwickelt. Dies mit dem langfristigen Ziel, die besten Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, Kindern und Jugendlichen ein sicheres und gesundes Aufwachsen zu ermöglichen. Prävention meint in diesem Kontext die Umsetzung von Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche frühzeitig stärken und die Wirkung ungünstiger Einflussfaktoren reduzieren, so dass belasteten Entwicklungen und ungesunden Verhaltensweisen vorgebeugt werden kann.

CTC wurde in den späten 80er Jahren in den USA von der Social Development Research Group (SDRG) an der Universität Washington entwickelt und wird

seitdem auf der Basis neuer Forschungsergebnisse aktualisiert. CTC basiert auf über 50 Jahren internationaler Forschung zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Die SDRG hat dabei systematisch untersucht, welche Faktoren eine gesunde Entwicklung gefährden und welche sie fördern:

- Risikofaktoren sind dabei Lebensbedingungen, die die Wahrscheinlichkeit für einen ungesunden und belasteten Entwicklungsverlauf von Kindern und Jugendlichen erhöhen – etwa in der Familie, Schule, im Freundeskreis oder in der Nachbarschaft.
- Schutzfaktoren sind dagegen Lebensbedingungen, die die negativen Folgen von Risikofaktoren reduzieren und Kinder, Jugendliche und ihre Familien stärken.

Entscheidend ist: Beide Faktorengruppen lassen sich auf kommunaler Ebene beeinflussen.

Basis zur Erfassung der Ist-Situation ist eine Dunkelfelduntersuchung in Form einer Befragung von Schüler\*innen an weiterführenden Schulen. Anhand der Befragungsergebnisse kann festgestellt werden, wie die Risiko- und Schutzfaktoren in dem jeweiligen Planungsbereich ausgeprägt sind. Die Erkenntnisse können zusätzlich durch Sekundärdaten (z. B. seitens der Jugendhilfeplanung, der Sozialplanung, des Bildungsmonitorings) vertieft werden. Ein lokales Planungsteam erarbeitet auf dieser Grundlage zunächst ein Sozialraumprofil, das Aufschluss über die prävalenten Risiko- und Schutzfaktoren gibt. Anschließend wird ein Aktionsplan erarbeitet, mit Präventionsmaßnahmen, die die ausgemachten Risikofaktoren adressieren und die Schutzfaktoren stärken.

## Struktur und Verortung – Es geht nur gemeinsam!

Die Landeshauptstadt Hannover hat mit den Beschlussvorlagen 1265/2024 und 1644/2024 N1 die Einführung von Communities That Care beschlossen. Im März 2024 gründete die Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover, gemeinsam mit dem Regionalen Landesamt für Schule und Bildung und der Polizeidirektion Hannover eine dezernats- und behördenübergreifende Lenkungsgruppe. Mit der Lenkungsgruppe ist ein übergreifendes Gremium geschaffen worden, das sich mit der Förderung der integrierten Zusammenarbeit zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen und zur Vermeidung von Jugendgewalt beschäftigt.

Die Lenkungsgruppe ist das steuernde Entscheidungsgremium, das sich zu grundlegenden Weichenstellungen zur Planung und Umsetzung von CTC abstimmt.

In der Lenkungsgruppe vertreten sind:

- die Polizeidirektion Hannover, Dezernat für Kriminalitätsbekämpfung und Prävention
- das Regionale Landesamt für Schule und Bildung
- das Referat für Frauen und Gleichstellung der LHH
- das Dezernat für Finanzen, Ordnung und Feuerwehr mit dem Fachbereich Öffentliche Ordnung
- das Dezernat für Soziales und Integration mit der Koordinierungsstelle Sozialplanung
- die Dezernatsleitung für Jugend, Familie und Sport
- der Fachbereich Jugend und Familie
- die Dezernatsleitung für Bildung und Kultur
- der Fachbereich Schule

Für die Erarbeitung des Durchführungskonzepts und die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung und Umsetzung von CTC wurde eine Fachgruppe eingerichtet.

In der Fachgruppe vertreten sind:

- die Polizeiinspektion Hannover mit dem Präventionsteam
- das Regionale Landesamt für Schule und Bildung mit der Regionalbeauftragten für Gewaltprävention und Gesundheitsförderung von Schülerinnen und Schülern
- der Fachbereich Jugend und Familie der LHH mit der Jugendhilfeplanung
- der Bereich Bürgerschaftliches Engagement und soziale Stadtteilentwicklung der LHH
- das Stadtbezirksmanagement der LHH
- der Fachbereich Kultur mit der kulturellen Jugendbildung der LHH
- der Fachbereich Schule der LHH mit den pädagogischen Programmen, dem Bildungsmonitoring und der CTC-Koordination im Bildungsbüro

Die Umsetzung von CTC wird federführend durch den Fachbereich Schule im Bildungsbüro koordiniert. Verantwortlich hierfür ist die dort angesiedelte CTC-Koordination.

Die Einführung von Communities That Care in der Landeshauptstadt Hannover ist ein wichtiger Schritt hin zu einer evidenzbasierten und nachhaltigen wirksamen Präventionsarbeit zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen. CTC bietet die Basis für einen gemeinsamen Lern- und Entwicklungsprozess, getragen von starken lokalen und gesamtstädtischen Netzwerken und den vielfältigen Perspektiven der Engagierten aus Schüler\*innenvertretung, Jugendverbänden, Bildung, Jugendhilfe, Stadtteil- und Quartiersarbeit, Politik, Gesundheit, Polizei, Zivilgesellschaft, Verwaltung u. v. m.

### **Runder Tisch häusliche Gewalt - Das Hannoversche Interventionsprogramm gegen Häusliche Gewalt (HAIP)**

Das Hannoversche Interventionsprogramm gegen Häusliche Gewalt (HAIP) ist ein interdisziplinär vernetztes Programm, in dem sich erfolgreich unterschiedliche Beteiligte gegen Häusliche Gewalt engagieren. Die Federführung liegt bei der Gleichstellungsbeauftragten der Landeshauptstadt Hannover. Häusliche Gewalt im Sinne von HAIP umfasst alle Handlungen körperlicher, sexualisierter, psychischer oder wirtschaftlicher Gewalt, die innerhalb der Familie, des Haushalts oder zwischen früheren oder derzeitigen Eheleuten beziehungsweise Partner\*innen vorkommen, unabhängig von Tatort und Aufenthaltsort. Diese Gewalt geht nach wie vor mehrheitlich von Männern aus. HAIP wurde vom 1992 gegründeten Runden Tisch gegen Männergewalt in der Familie entwickelt und 1997 durch eine entsprechende Verfügung des Polizeipräsidenten umgesetzt.

Die Struktur von HAIP setzt sich aus folgenden Gremien zusammen:

- der Geschäftsstelle HAIP,
- dem Runden Tisch,
- dem Koordinationsteam; im Jahr 2025 bestehend aus:
  - Fachbereich Jugend und Familie/Fachberatung
  - Kommunaler Sozialdienst (KSD),
  - SUANA/kargah e. V.,

- der Geschäftsstelle HAIP und der Gleichstellungsbeauftragten,
- den Bausteinen (am Interventionsverlauf beteiligten Institutionen):
- Bestärkungsstelle, Beratung für Frauen bei Häuslicher Gewalt: BISS-Verbund der Stadt Hannover, Fachbereich Jugend und Familie / Fachberatung Kommunalen Sozialdienst, Familiengericht, Frauenhaus - 24, Geschäftsstelle HAIP, Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Hannover, Männerbüro Hannover e.V.
  - Bereich Täterarbeit: Männerbüro Hannover e.V.
  - Bereich männliche Opfer: Polizeidirektion Hannover / Prävention, Staatsanwaltschaft Hannover, SUA-NA / kargah e.V.
  - Beratungsstelle für Migrantinnen bei Häuslicher Gewalt, Stalking & Zwangsheirat: TäBea, Beratung für Frauen die Gewalt in der Beziehung ausüben, Waage Hannover e.V.
- Den derzeit fünf ständigen Arbeitsgruppen, die zu folgenden Schwerpunktthemen eingerichtet wurden:
- AG Beratungs- und Interventionsarbeit (AG BISS),
  - AG Digitale Gewalt,

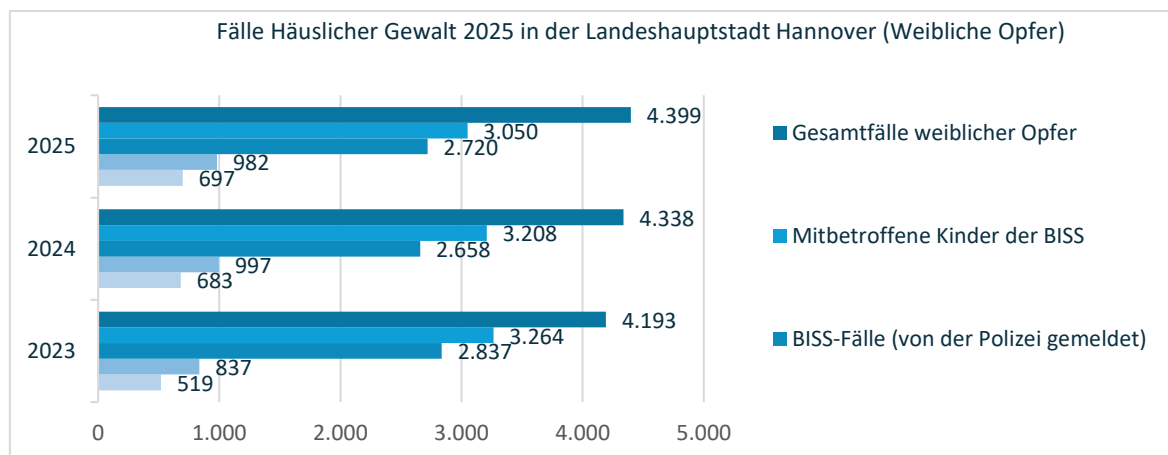
- AG Frauenberatungsstellen,
- AG Kinder und Jugendliche mit Gewalterfahrungen im häuslichen Bereich,
- AG Migrantinnen und Zwangsheirat (AG MZH).

### Interventionsverlauf bei BISS-HAIP

Seit 2006 übernehmen die landesweit eingerichteten Beratungs- und Interventionsstellen (BISS) Häusliche Gewalt die Bearbeitung der von der Polizei übersandten Fälle Häuslicher Gewalt. Sie werden primär vom Land Niedersachsen gefördert und arbeiten auf

der Grundlage des Landesaktionsplans gegen Häusliche Gewalt und zur Umsetzung der Istanbul-Konvention - Verhütung und Bekämpfung von geschlechtsbezogener Gewalt. In der Landeshauptstadt Hannover übernimmt der BISS - Verbund Stadt Hannover (Bestärkungsstelle/BTZ e.V. & SUANA/kargah e.V.) die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Beratungsstellen bzw. berät die von Gewalt betroffenen Frauen. Das Männerbüro Hannover e.V. ist als Anlauf- und Beratungsstelle für männliche Opfer Teil dieser Vernetzung.

Im Folgenden sind die Fälle weiblicher Opfer sowohl aus dem BISS-Verbund Stadt Hannover als auch aus den HAIP AG Frauenberatungsstellen<sup>1</sup> in einer Grafik dargestellt. An dieser Stelle wird angemerkt, dass einige Fälle aus den HAIP-AG-Frauenberatungsstellen auch bei der BISS aufgeführt werden, da evtl. ein Polizeieinsatz erfolgte und es somit zu Doppelungen kommen könnte.



<sup>1</sup> Die Zahl der Beratungsstelle für Frauen der SeWo e.V. ist nicht in der Statistik inkludiert, da die Fälle nicht nach „Häuslicher Gewalt“, sondern nach „allgemeiner Gewalt“ aktuell noch erhoben werden. Zudem wird darauf hingewiesen, dass für 2024

auch bei Amanda e.V. die allgemeinen Gewaltvorfälle erhoben wurden und die Grafik für 2024 nach Hochrechnungen angepasst wurde. Seit dem Jahr 2025 wurde die Statistik dementsprechend modifiziert.

## Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen der Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit ist HAIP in verschiedenen Kontexten tätig, wie z.B.:

- Fachtage und Informationsstände anlassbezogen zum 8. März (Internationaler Frauentag) und zum 25. November (Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen) sowie darüber hinaus
- Vernetzung auf Stadtteilebene,
- Zusammenarbeit mit Schulen,
- im Jahr 2025 sowie 2026 im Rahmen der LKA-Ausstellung „HerzSchlag“,
- Deutscher Präventionstag,
- Zusammenarbeit mit der Hochschule Hannover,
- Erstellung von Materialien in den Arbeitsgruppen,
- Teilnahme am Orange-Lauf,
- Aufklärung und Sensibilisierung zum Thema Häusliche Gewalt.



© GB/LHH

## Gemeinsame Präventionsaktion der Sicherheitspartner\*innen

Im Berichtszeitraum führten die Sicherheitspartner\*innen mehrere gemeinsame Präventionsaktionen im öffentlichen Raum durch. Die Maßnahmen richteten

sich insbesondere an stark frequentierte Orte und Veranstaltungen und griffen unterschiedliche Themen der Sicherheitsprävention auf. Die folgenden Beispiele geben einen Überblick über Aktionen der vergangenen Monate.

### Achtung Taschendiebe

Am 22. April 2025 stellten die Polizeiinspektion Hannover, die Bundespolizeiinspektion Hannover und die Landeshauptstadt Hannover eine neue gemeinsame Präventionsaktion gegen Taschendiebstahl vor. Anlass war der bevorstehende 39. Deutsche Evangelische Kirchentag, zu dem besonders viele Menschen in der Innenstadt und am Hauptbahnhof erwartet wurden. Gerade in Menschenmengen, bei Veranstaltungen und an stark frequentierten Orten nutzen Taschendiebe die Unachtsamkeit ihrer Opfer aus.

Kern der Aktion waren auffällige Warnhinweise, die mit Sprühkreide auf Gehwege im Stadtgebiet aufgebracht wurden. Das Motiv bestand aus einem Warndreieck mit einem Piktogramm zum Taschendiebstahl sowie den Hinweisen „Taschendiebe!“ und „Pickpockets!“. Die Bodenmarkierungen sollen Passant\*innen unmittelbar auf die Gefahr aufmerksam machen und zu einem bewussteren Umgang mit Wertsachen anregen. Sie kommen insbesondere bei Wochenmärkten, Stadtfesten, Großveranstaltungen und anderen größeren Menschenansammlungen zum Einsatz.

Die Aktion ergänzte weitere Präventionsmaßnahmen, darunter persönliche Ansprache, sichtbare Präsenz der Einsatzkräfte, gemeinsame Kooperationsstreifen und Lautsprecherdurchsagen im Hauptbahnhof. Sie verdeutlicht zugleich die enge Zusammenarbeit von Stadt, Landespolizei und Bundespolizei. Ziel ist es, Taschendiebstähle möglichst zu verhindern, das Sicherheitsbewusstsein zu stärken und Besucher\*innen wie Durchreisende frühzeitig für einfache Schutzmaßnahmen zu sensibilisieren. Dazu gehört beispielsweise, Taschen geschlossen zu halten, Wertgegenstände körpernah zu tragen und persönliche Dinge in Menschenmengen bewusst im Blick zu behalten.

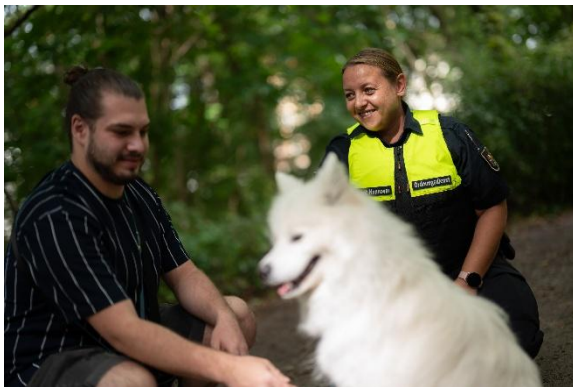
Die Aktion wurde damit nicht nur als kurzfristige Maßnahme zum Kirchentag konzipiert. Die Warnhinweise sollen auch künftig bei Veranstaltungen und an stark frequentierten Orten in Hannover eingesetzt werden.

### Gemeinsam und sicher durch den Sommer

Im Rahmen der gemeinsamen Sommeraktion „Gemeinsam und sicher durch den Sommer“, die am 29. und 30. Juli 2025 auf dem Ernst-August-Platz in Hannover stattfand, wurde die enge Kooperation zwischen der Landeshauptstadt Hannover, den Sicherheitsbehörden und weiterer Partner\*innen erneut sichtbar und erlebbar gemacht. Ziel der Veranstaltung war es, Bürger\*innen niedrigschwellig über sicherheitsrelevante Themen zu informieren, Präventionsarbeit anschaulich zu vermitteln und den direkten Dialog mit den verschiedenen Akteur\*innen zu fördern.

Die gemeinsam von der Bundespolizei und Polizeidirektion Hannover organisierte Veranstaltung bot ein vielfältiges Informations- und Beratungsangebot. Besucher\*innen erhielten Hinweise zu aktuellen Erscheinungsformen des Reisegepäck- und Taschendiebstahls sowie zum Einbruchschutz während der Urlaubszeit. Ergänzend wurden moderne sicherheitstechnische Lösungen zum Schutz von Wohnungen und Häusern vorgestellt.

Die Polizei informierte zudem über ihre vielfältigen Aufgabenfelder wo wie über Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten. Ein Live-Stream eines sogenannten „Twitch-Officers“ sowie weitere Social-Media-Aktivitäten richteten sich insbesondere an jüngere Zielgruppen.



© LHH/Herzog

Die Landeshauptstadt Hannover beteiligte sich mit einem Informationsstand des Städtischen Ordnungsdienstes (SOD) und des Verkehrsaußendienstes. Im Mittelpunkt standen dabei unter anderem Themen aus dem Arbeitsalltag der Außendienste. Dazu zählten insbesondere Kontrollen im Bereich der Grünflächen, etwa im Hinblick auf bestehende Verbote sowie die Einhaltung von Regelungen bei der Hundehaltung.

Weitere Schwerpunkte bildeten die Sensibilisierung für das Thema „Catcalling“, die Aufklärung zu den Folgen von Littering (Vermüllung des öffentlichen Raums) sowie Maßnahmen zur Förderung der Verkehrssicherheit.

Darüber hinaus informierte der Städtische Ordnungsdienst über seine vielfältigen Aufgabenbereiche und beruflichen Einstiegsmöglichkeiten. Der persönliche Austausch vor Ort trug dazu bei, die Arbeit der Außendienste transparent darzustellen und das Verständnis für ordnungsbehördliche Maßnahmen zu stärken.

### Sicher unterwegs im ÖPNV

Ergänzend zu den gemeinsamen Aktionen erweitert die ÜSTRA das Präventionsportfolio um ein Angebot speziell für Frauen und FLINTA\* Personen. In geführten Rundgängen wurde am 10. März 2026 vermittelt, wo sich in Notrufeinrichtungen an Haltestellen, in Stationen und in den Bahnen befinden und wie sie im Bedarfsfall genutzt werden können. Ziel der Veranstaltung war es, Handlungssicherheit zu vermitteln und das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Personenverkehr zu stärken. Weitere Termine dieses Formates sind vorgesehen.

Insgesamt unterstreicht die Aktion den hohen Stellenwert gemeinsamer Präventionsarbeit sowie die enge Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen für die Sicherheit im öffentlichen Raum in Hannover.

### Sicher Unterwegs

Unter dem Motto „sicher unterwegs“ bündelten der Städtische Ordnungsdienst, das Zentrum für Kommunale Kriminalprävention, die Polizeidirektion Hannover, die Bundespolizei und die ÜSTRA gemeinsam mit weiteren Partnerorganisationen ihr Know-how am 19. März 2026 auf dem Ernst-August-Platz. Von 12-17 Uhr standen Fachleute für Fragen, Beratung und Gespräche zur Verfügung.

Die thematischen Schwerpunkte lagen auf der Waffenverbotszone, der zu diesem Zeitpunkt noch geplanten Neufassung der SOG-VO, Zivilcourage, Catcalling, wirksamen Schutzmaßnahmen sowie der Sicherheit im ÖPNV. Die ÜSTRA stellte in diesem Rahmen zudem ihre Initiative „Respekt beginnt bei dir“ vor.

### **Zivilcourage und Sicherheit**

Am 29. Juni führten die Sicherheitspartner\*innen eine gemeinsame Präventionsaktion am Platz der Weltausstellung durch. Von 10:00 - 17:00 Uhr rückten die Partner\*innen die Themen Zivilcourage und Sicherheit im öffentlichen Raum in den Fokus. Die Aktion wurde bewusst niederschwellig ohne Anmeldung kurz vor den Sommerferien terminiert und war vor allem an Jugendliche gerichtet.

An mehreren Aktionsständen brachten die Partner\*innen ihre jeweiligen Zuständigkeiten ein: Der Städtische Ordnungsdienst informierte über seine Aufgabenfelder und informierte über die Neufassung der SOG-VO sowie über die Waffenverbotszone. Die Landespolizei vermittelte die sechs Regeln der Zivilcourage – Richtig helfen, ohne sich selbst zu gefährden. Die Bundespolizei griff die Rolle von Zeug\*innen auf, die ÜSTRA beteiligte sich mit der Aktion „Zivilcourage hat viele Gesichter- Zeig Deins!“, protec informierte über Sicherheitseinrichtungen in Bahnen und Stationen. Über Cat-calling wurde gemeinsam mit den CatCallsOf-Hannover informiert und das Thema eindrucksvoll visualisiert.

Insgesamt unterstreichen die Aktionen den hohen Stellenwert gemeinsamer Präventionsarbeit sowie die enge Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen für Sicherheit im öffentlichen Raum in Hannover.

## 12 · DIGITALISIERUNG TECHNIK

### Online-Anzeige Parkverstöße

Online-Formular für die Meldung von Privatanzeigen im ruhenden Verkehr.

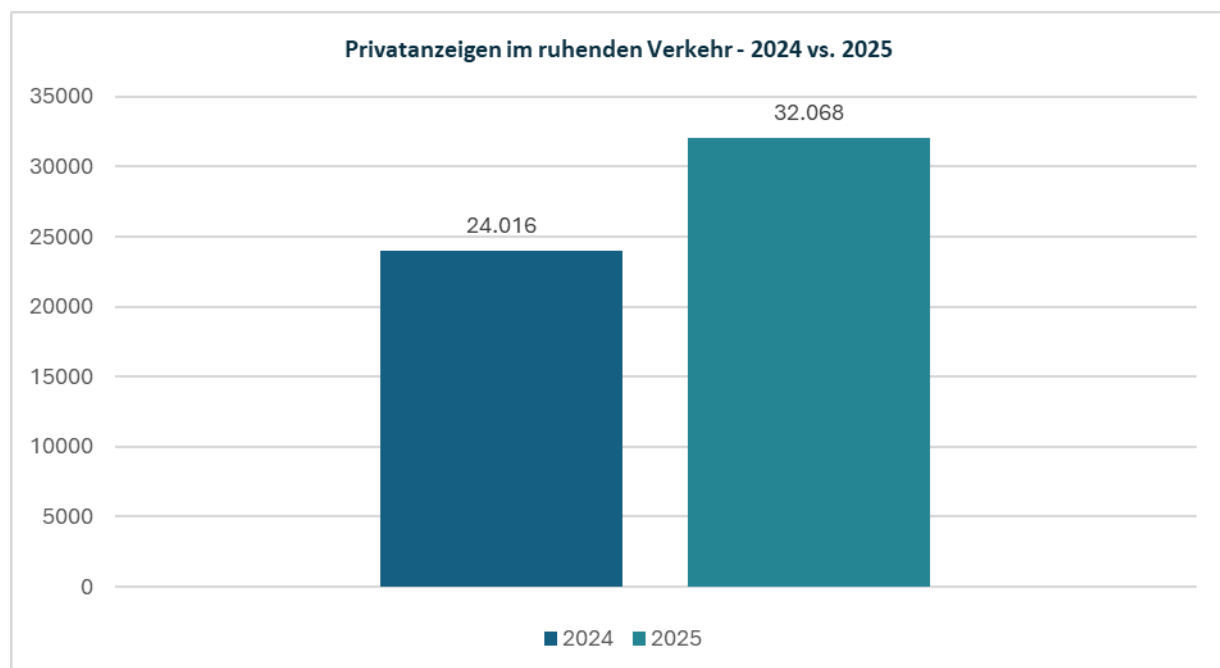


Seit November 2023 bietet die Landeshauptstadt Hannover die Möglichkeit, über ein eigenes Online-Formular Park- und Haltverstöße im Bereich des Stadtgebietes anzuzeigen. Es werden aber weiterhin Anzeigen bearbeitet, die postalisch oder als E-Mail eingehen.

Das Online-Formular ist über das Service-Portal der Landeshauptstadt Hannover verfügbar. Für die Nutzer\*innen des Formulars wird die Möglichkeit einer Anzeige erleichtert. Beim Ausfüllen des Online-Formulars werden sie intuitiv geführt und geben

dabei alle notwendigen Angaben bzw. Inhalte an. Dazu gehört mindestens ein Beweisfoto. Anonyme Anzeigen sind nicht möglich.

Die über das Online-Formular eingehenden Meldungen werden durch die zuständige Sachbearbeitung überprüft und rechtlich bewertet. Auf Grundlage der Feststellungen, übermittelten Angaben und Nachweise wird im Einzelfall entschieden, ob die Voraussetzungen für die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens erfüllt sind.



Im Jahr 2025 gingen im Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten 12.290 Anzeigen über das Online-Formular ein. Seit der Einführung des Online-Formulars zeigt sich eine Verlagerung von postalisch und per E-Mail eingehenden Anzeigen hin zu digitalen

Meldungen über dem Online-Formular. Gleichzeitig stieg die Zahl der eingegangenen Anzeigen von 24.016 im Jahr 2024 auf 32.069 im Jahr 2025

Das Online-Formular ist ein positives Beispiel für Maßnahmen zur Digitalisierung der Stadtverwaltung.

Es vereinbart einen gestiegenen Bürgerservice mit einer Effizienzsteigerung innerhalb der Verwaltung, da die übermittelnden Daten direkt digital in die dahinterliegenden Verfahren übernommen werden können. Dadurch werden Fehlerquellen und Rückfragen reduziert.

### Scan-Cars

Mit der Novelle des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) im Mai 2026 wurde erstmals eine bundesweit einheitliche Rechtsgrundlage für den Einsatz von Scan-Fahrzeugen in der Parkraumkontrolle geschaffen. Diese tritt zum 1. Juli 2026 in Kraft und eröffnet Kommunen neue Handlungsspielräume zur effizienteren Überwachung des ruhenden Verkehrs.

Scan-Fahrzeuge ermöglichen eine deutlich höhere Kontrolldichte im Vergleich zu herkömmlichen Fußstreifen; in derselben Zeit lassen sich etwa zehnmal so viele Fahrzeuge überprüfen. Dadurch lassen sich Regelverstöße schneller erkennen, was sowohl die Verkehrssicherheit (z. B. durch eine konsequentere Ahndung von Parken auf Rad- oder Gehwegen) als auch die Verfügbarkeit von Parkraum verbessert. Gleichzeitig können die Ordnungsdienste zielgerichteter eingesetzt werden.

Die Landeshauptstadt Hannover steht beim Einsatz von Scan-Fahrzeugen derzeit noch am Beginn eines strukturierten Einführungsprozesses. Grundsätzlich wird die Technologie jedoch als sinnvoller Baustein einer modernen, digitalen Verkehrsüberwachung befürwortet. Vor einer operativen Einführung sind jedoch wesentliche organisatorische und technische Voraussetzungen zu schaffen. Hierzu zählen insbesondere die weitgehende Digitalisierung von Parkberechtigungen (z. B. Bewohnerparken, Ausnahmegenehmigungen), der Aufbau bzw. die Anbindung an ein zentrales Parkregister sowie eine aktuelle, flächendeckende digitale Erfassung der Parkflächen und Regelungen im Stadtgebiet.

Scan-Fahrzeuge ahnden zudem nicht automatisch, sondern liefern zunächst Hinweise auf mögliche Verstöße, die weiterhin durch Personal überprüft und bewertet werden müssen. Entsprechend sind neue Arbeitsabläufe zwischen digitaler Erfassung, Nachkontrolle (sowohl im Innen- als auch im Außendienst) und Ordnungswidrigkeitenverfahren zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund wird die LHH stufenweise vorgehen und den Einsatz zunächst in ausgewählten Quartieren sowie bei eindeutigen Verstößen (z. B. Parken auf Radwegen oder in sicherheitskritischen Bereichen) vorbereiten. Parallel sind die notwen-

digen Dateninfrastrukturen und Verwaltungsprozesse aufzubauen und zu erproben. Erfahrungen anderer Kommunen zeigen zudem, dass eine begleitende, transparente Kommunikation wesentlich ist, um Akzeptanz in der Bevölkerung zu fördern.

### Ausblick:

Langfristig eröffnet der Einsatz von Scan-Fahrzeugen die Möglichkeit, die Parkraumüberwachung in Hannover effizienter, datenbasierter und wirkungsorientierter zu gestalten. Neben der verbesserten Durchsetzung von Regeln können die gewonnenen Daten auch für strategische Entscheidungen in der Verkehrsplanung genutzt werden, etwa zur Bewertung von Parkdruck, Auslastung oder zur Steuerung von Maßnahmen im öffentlichen Raum.

Insgesamt ist festzuhalten, dass Scan-Fahrzeuge ein vielversprechendes Instrument zur Stärkung von Ordnung, Sicherheit und städtischer Lebensqualität darstellen. Für die Landeshauptstadt Hannover besteht nun die Aufgabe, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen und auf dieser Grundlage schrittweise in eine praktische Anwendung einzusteigen.

### Videoüberwachung im öffentlichen Raum

Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum wird von der Polizeidirektion Hannover betrieben und ist gesetzlich auf kriminalpräventive Zwecke ausgerichtet. Sie kommt gezielt an Orten zum Einsatz, die als kriminalitätsbelastet und sicherheitsrelevant eingestuft werden, um das Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum zu stärken. Alle überwachten Bereiche sind deutlich gekennzeichnet, sodass für Bürger\*innen jederzeit erkennbar ist, wo Kameras im Einsatz sind. Die Bildübertragung erlaubt eine unmittelbare Reaktion auf Gefahrensituationen durch die Polizei. Die eingesetzte Technik dient in erster Linie der Prävention von Straftaten im öffentlichen Raum. Zudem können die gewonnenen Bilder im Bedarfsfall zur Aufklärung von Straftaten beitragen, die sich im Wirkungsbereich der Kameras ereignet haben. Die Rechtmäßigkeit und Wirksamkeit des Kamerabetriebs werden regelmäßig überprüft, unter anderem anhand aktueller Kriminalitätslagebilder. Ziel dieser Überprüfung ist es, den Einsatz dieser Technik verhältnismäßig und zielgerichtet zu halten. Die Videoüberwachung wird von beiden Behörden als ein wirksames Instrument zur Prävention und Aufklärung von Straftaten im öffentlichen Raum bewertet und auf Basis gemeinsamer Lagebewertungen zielführend weiterentwickelt.

## 13 · SAUBERKEIT

## JAHRESBILANZ „HANNOVER SAUBER“ – ZWECKVERBAND ABFALLWIRTSCHAFT REGION HANNOVER

**67.108**
**Müllmelde-App**  
Nutzende 2025

**74.488**
**Meldungen 2025**  
Stadtgebiet Hannover

**1.484 t**
**illegaler Abfall**  
fachgerecht entsorgt

Ein sauberes Umfeld trägt nachweislich zu einem höheren Sicherheitsempfinden bei. Für die Reinigung der öffentlichen Verkehrsflächen und den Winterdienst in der Landeshauptstadt ist der Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) gemäß Verbandsordnung i. V. m. der städtischen Straßenreinigungssatzung zuständig.

Daneben kümmert sich die Stadtreinigung im Auftrag des Rates im Rahmen des Konzeptes „Hannover sauber!“ unter anderem um die Ahndung und Beseitigung illegaler Abfallablagerungen auf öffentlichen Verkehrsflächen im Stadtgebiet.

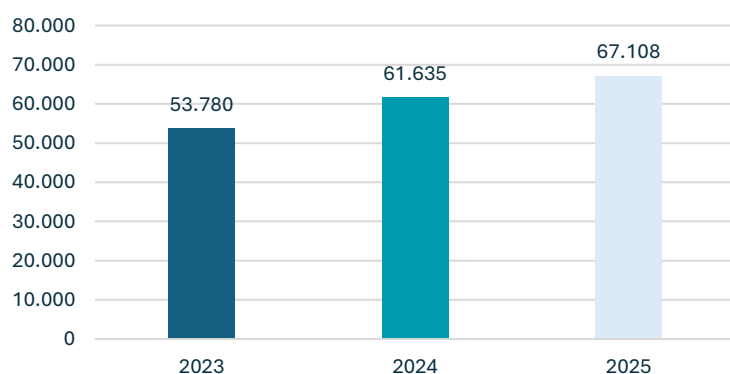
### Müllmelde-App

Unterstützt wird aha hier von einer weiterhin steigenden Anzahl von Nutzenden der Müllmelde-App, im Jahr 2025 waren es 67.108 Personen (2023: 53.780; 2024: 61.635). Mit der App kann schnell und direkt vor Ort eine Meldung an die aha-Abfallfahndung erfolgen. Wer kein Smartphone besitzt, kann illegale Abfälle auf öffentlichen Flächen im Stadtgebiet bequem von zuhause über das Internet oder auch telefonisch melden. Im Jahr 2025 gingen insgesamt 74.488 Meldungen im Stadtgebiet Hannover bei der Abfallfahndung ein.

Täglich sind 9 Abfallfahnder\*innen und zusätzlich 2 Altfahrzeugkontrolleur\*innen im Stadtgebiet von Hannover im Einsatz. Diese Mitarbeiter\*innen stehen den Bürger\*innen und den Gremien beratend zum Thema Abfall zur Seite, untersuchen illegale Abfallablagerungen auf Hinweise zu Verursacher\*innen und kontrollieren Schrottfahräder und Alt-Kfz, um diese aus dem Straßenbild entfernen zu lassen. Wird ein Verursacher\*in ermittelt, leitet aha ein Ordnungswidrigkeitenverfahren ein. Im Jahr 2025, zusätzlich zu den satzungsgemäß festgelegten Unterhaltsreinigungen, wurden 2.601 Anzeigen aufgenommen. In diesem Zusammenhang hat die Stadtreinigung an 29.156 Stellen Abfallablagerungen beseitigt und ca. 1.484 Tonnen illegaler Abfälle fachgerecht entsorgt. Darüber hinaus betreibt die Stadtreinigung im Rahmen des Konzeptes „Hannover sauber!“ umfangreiche Aufklärungs- und Informationsmaßnahmen. Einmal monatlich wird ein Aktionstag (virtuell oder vor Ort in wechselnden Stadtbezirken) zu bestimmten Stadtreinigungsthemen und mit entsprechender Umweltbildung durchgeführt. Im letzten Jahr wurde weiter auf das Thema Littering im Allgemeinen (achtloses Wegwerfen von Kleinstabfällen) verwiesen, da dies eine große

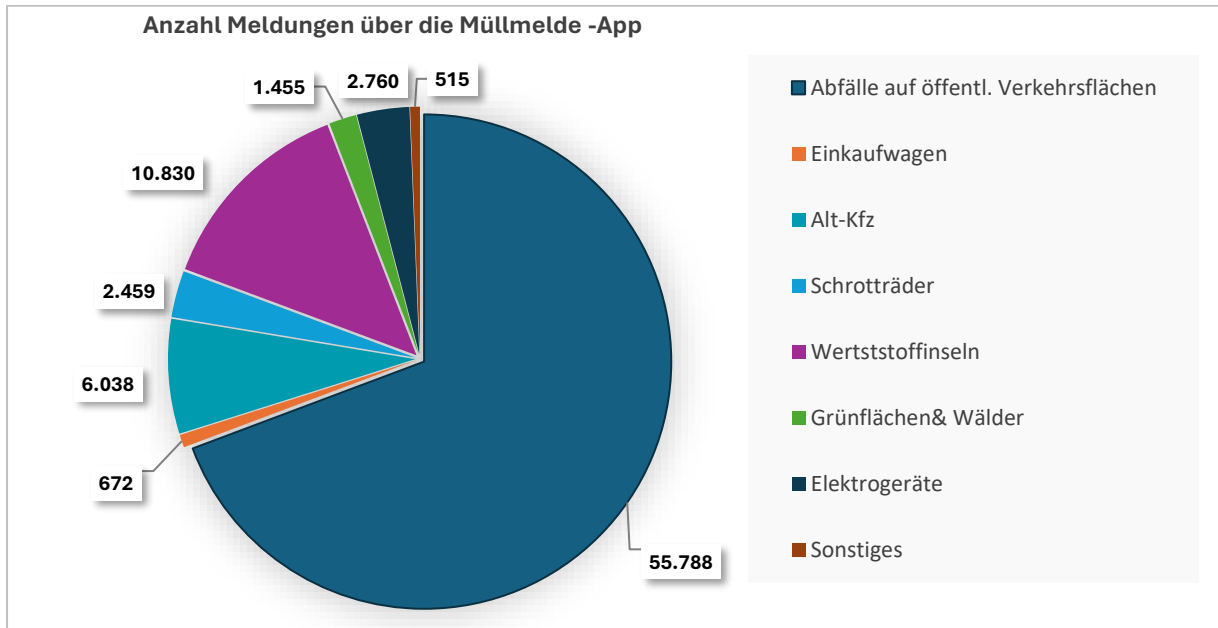
Auswirkung auf die Wahrnehmung der Sauberkeit einer Stadt hat. Zusätzlich sind, bei entsprechender Wetterlage (saisonal Frühling bis Herbst), zwei Kollegen\*innen der Stadtreinigung mit jeweils einem E-Bike inklusive Reinigungs-equipment im Bereich der Innenstadt/ Fußgängerzone unterwegs. Sie reinigen per Hand die Bereiche von groben Verschmutzungen und stehen den Passanten und Geschäftstreibenden für Fragen und Anre-

Nutzende der Müllmelde-App 2023-2025



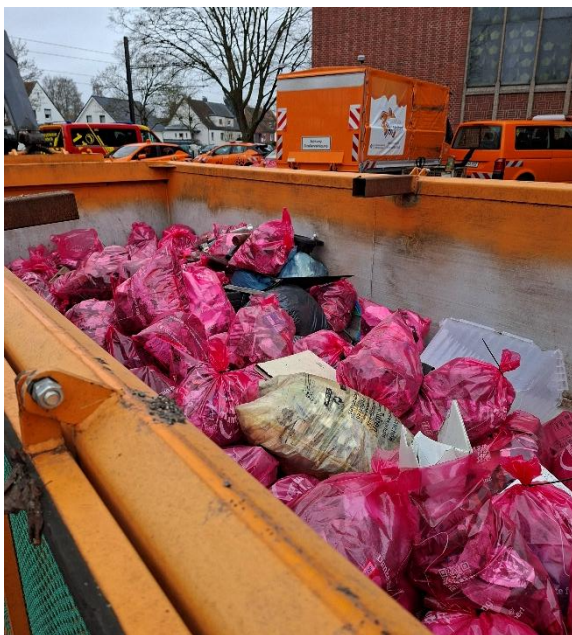
gungen zur Verfügung. Daneben werden in Teilabschnitten der Innenstadt (u.a. Kröpcke bis Platz der Weltausstellung, Bahnhofstr. usw.) nachts drei so genannte Nassreinigungsmaschinen eingesetzt.

Diese Maschinen arbeiten mit Hochdruck und entfernen von den Belägen Kaugummis und tiefergehende, hartnäckige Verschmutzungen (beispielsweise Ketchup).



Zum 19. stadtweiten Frühjahrsputz „Putzmunter“ unter dem Motto „Auf den Müll! Fertig! Los!“ am 22.03.2025 haben ca. 22.317 Hannoveraner\*innen eine Vielzahl von Säcken mit illegalen Abfällen von öffentlichen Flächen gesammelt und abgegeben. Zum Abschluss der Veranstaltung gab es im Aktionsstadtteil Südstadt auf dem Stephansplatz ein großes Abschlussfest mit großem Kinderprogramm u.a. Hüpfburg, Kinderschminken usw. hinzu kommen diverse Umweltbildungsmaßnahmen zum Thema Littering und Abfallentsorgung.

Die hohe Anzahl an Teilnehmenden an den Aktionstagen, das Interesse an den speziellen Umweltbildungsmaßnahmen und die große öffentliche Wahrnehmung zum Thema „saubere Stadt“ zeigen den nachhaltigen Erfolg der langfristig angelegten Kampagne „Hannover sauber!“. Entsprechend unserem Motto: „Hannover sauber! - Gemeinsam für eine schöne Stadt“.



© Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha)

## ANLAGE

## AUSWERTUNG NACH STADTBEZIRKEN

Die folgende Übersicht zeigt die durch den Städtischen Ordnungsdienst im Bearbeitungssystem erfassten Vorgänge – einschließlich mündlicher Verwarnungen und Platzverweise – differenziert nach den 13 Stadtbezirken (Vergleich 2024/2025).

## Stadtbezirk 1 — Mitte

| Kategorie                                 | 2024  | 2025         | Δ      |
|-------------------------------------------|-------|--------------|--------|
| Kontrollen                                | 5933  | <b>10200</b> | +72 %  |
| Platzverweise                             | 71    | <b>399</b>   | +462 % |
| Verkehrsordnungswidrigkeiten              | 11392 | <b>29468</b> | +159 % |
| Abschleppmaßnahmen                        | 162   | <b>582</b>   | +259 % |
| Waffenverbotszone                         | 26    | <b>115</b>   | +342 % |
| Sicherstellungen                          | 14    | <b>107</b>   | +664 % |
| Störendes Verhalten in der Öffentlichkeit | 56    | <b>177</b>   | +216 % |
| Aggressives Betteln                       | 9     | <b>38</b>    | +322 % |
| Schlafen im öffentlichen Raum             | 108   | <b>168</b>   | +56 %  |
| Lärmbelästigung inkl. Straßenmusik        | 15    | <b>15</b>    | +0 %   |
| Verstöße Spielplatzsatzung                | 0     | <b>1</b>     | +100 % |
| Tauben füttern                            | 8     | <b>6</b>     | -25 %  |

Im **Stadtbezirk Mitte** ist 2025 gegenüber dem Vorjahr in nahezu allen Erfassungskategorien ein deutlicher Anstieg der registrierten Vorgänge festzustellen. Parallel hierzu erhöhte sich die Anzahl der durchgeführten Kontrollen um knapp 72 Prozent. Die Entwicklung deutet darauf hin, dass die festgestellten Fallzahlen auch auf eine intensivierte Kontroll- und Interventionspraxis zurückzuführen sind. Besonders deutlich zeigt sich dies bei Verkehrsordnungswidrigkeiten, Platzverweisen, Sicherstellungen sowie Verstößen im Bereich der Waffenverbotszone.

Gleichzeitig weisen die Anstiege bei störendem Verhalten im öffentlichen Raum, aggressivem Betteln und dem Aufenthalt obdachloser Personen auf eine im Innenstadtbereich weiterhin sichtbare soziale Belastungslage hin. Aufgrund der zentralen Funktion des Stadtbezirks als Einkaufs-, Arbeits- und Aufenthaltsort können Nutzungskonflikte verschiedener Personengruppen im öffentlichen Raum verstärkt auftreten. Insgesamt sprechen die vorliegenden Daten eher für eine Ausweitung der behördlichen Präsenz und eine konsequentere Ahndung festgestellter Verstöße als für eine gleichgerichtete Verschlechterung der Sicherheitslage. Die Entwicklungen sollten jedoch weiterhin beobachtet werden, insbesondere hinsichtlich sozialer Problemlagen und ordnungsrechtlicher Schwerpunktbereiche im öffentlichen Raum.

## Stadtbezirk 2 — Vahrenwald-List

| Kategorie                    | 2024 | 2025        | Δ      |
|------------------------------|------|-------------|--------|
| Kontrollen                   | 235  | <b>393</b>  | +67 %  |
| Platzverweise                | 6    | <b>1</b>    | -83 %  |
| Verkehrsordnungswidrigkeiten | 1617 | <b>3966</b> | +145 % |
| Abschleppmaßnahmen           | 74   | <b>306</b>  | +314 % |

| Kategorie                                 | 2024 | 2025 | Δ      |
|-------------------------------------------|------|------|--------|
| Sicherstellungen                          | 0    | 2    | +100 % |
| Störendes Verhalten in der Öffentlichkeit | 1    | 2    | +100 % |
| Aggressives Betteln                       | 1    | 0    | -100 % |
| Schlafen im öffentlichen Raum             | 1    | 0    | -100 % |
| Verstöße Spielplatzsatzung                | 2    | 2    | +0 %   |
| Tauben füttern                            | 1    | 0    | -100 % |

**Für den Stadtbezirk Vahrenwald-List** zeigen die Daten des Jahres 2025 vor allem eine Intensivierung der verkehrsbezogenen Ordnungsarbeit. Die Zahl der festgestellten Verkehrsordnungswidrigkeiten sowie der Abschleppmaßnahmen stieg deutlich an. Parallel hierzu nahm auch die Anzahl der Kontrollen spürbar zu. Demgegenüber bewegen sich die Fallzahlen in den Bereichen aggressives Betteln, Schlafen im öffentlichen Raum und sonstige störende Verhaltensweisen weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau. Insgesamt ergeben sich keine belastbaren Hinweise auf eine Verschlechterung der Sicherheitslage. Die Entwicklungen deuten vielmehr darauf hin, dass im letzten Jahr verkehrsrechtliche Fragestellungen den Schwerpunkt der ordnungsbehördlichen Tätigkeit im Stadtbezirk bildeten.

### Stadtbezirk 3 — Bothfeld-Vahrenheide

| Kategorie                                 | 2024 | 2025 | Δ      |
|-------------------------------------------|------|------|--------|
| Kontrollen                                | 166  | 207  | +25 %  |
| Platzverweise                             | 2    | 1    | -50 %  |
| Verkehrsordnungswidrigkeiten              | 355  | 1109 | +212 % |
| Abschleppmaßnahmen                        | 16   | 59   | +269 % |
| Störendes Verhalten in der Öffentlichkeit | 1    | 0    | -100 % |
| Schlafen im öffentlichen Raum             | 2    | 0    | -100 % |

**Im Stadtbezirk Bothfeld-Vahrenheide** ist im Jahr 2025 insbesondere eine Zunahme verkehrsbezogener Vorgänge festzustellen. Die Zahl der Verkehrsordnungswidrigkeiten sowie der Abschleppmaßnahmen stieg deutlich an, während gleichzeitig mehr Kontrollen durchgeführt wurden. Auffälligkeiten in den Bereichen störendes Verhalten im öffentlichen Raum oder Aufenthalt obdachloser Personen wurden hingegen nicht erfasst. Insgesamt lassen sich aus den vorliegenden Daten keine Anhaltspunkte für eine Verschlechterung der Sicherheits- und Ordnungslage ableiten. Die Entwicklung wird vielmehr durch verkehrsrechtliche Fragestellungen geprägt, die den Schwerpunkt der ordnungsbehördlichen Tätigkeit im Stadtbezirk bildeten.

### Stadtbezirk 4 — Buchholz-Kleefeld

| Kategorie                    | 2024 | 2025 | Δ      |
|------------------------------|------|------|--------|
| Kontrollen                   | 112  | 64   | -43 %  |
| Platzverweise                | 3    | 1    | -67 %  |
| Verkehrsordnungswidrigkeiten | 763  | 2173 | +185 % |
| Abschleppmaßnahmen           | 29   | 102  | +252 % |
| Verstöße Spielplatzsatzung   | 2    | 0    | -100 % |

**Im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld** zeigt sich im Jahr 2025 insbesondere im Bereich der Verkehrsüberwachung ein deutlicher Anstieg der registrierten Vorgänge. Die Zahl der Verkehrsordnungswidrigkeiten sowie der Abschleppmaßnahmen nahm gegenüber dem Vorjahr erheblich zu. Gleichzeitig ging die Anzahl der durchgeführten Kontrollen zurück. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Kontrolltätigkeit aufgrund eines bekannten Problembereichs stärker konzentriert wurde. Ebenso haben Veränderungen der Parkraumsituation, beispielsweise durch Bautätigkeiten, Nutzungskonkurrenzen oder eine gestiegene Auslastung öffentlicher Verkehrsflächen, zu dieser Entwicklung beigetragen.

In anderen ordnungsrechtlichen Handlungsfeldern wurden lediglich wenige oder keine Auffälligkeiten registriert. Die Zahl der Platzverweise ging zurück, Verstöße gegen die Spielplatzsatzung wurden im Berichtsjahr nicht festgestellt. Insgesamt ergeben sich aus den vorliegenden Daten keine Hinweise auf eine Verschlechterung der Sicherheits- und Ordnungslage. Die Entwicklung wird vielmehr durch verkehrsrechtliche Fragestellungen geprägt, die den Schwerpunkt der ordnungsbehördlichen Tätigkeit im Stadtbezirk bildeten.

#### Stadtbezirk 5 — Misburg-Anderten

| Kategorie                                 | 2024 | 2025       | Δ       |
|-------------------------------------------|------|------------|---------|
| Kontrollen                                | 38   | <b>18</b>  | -53 %   |
| Verkehrsordnungswidrigkeiten              | 52   | <b>237</b> | +356 %  |
| Abschleppmaßnahmen                        | 1    | <b>16</b>  | +1500 % |
| Störendes Verhalten in der Öffentlichkeit | 0    | <b>2</b>   | +100 %  |

**Im Stadtbezirk Misburg-Anderten** ist im Jahr 2025 insbesondere bei den Verkehrsordnungswidrigkeiten und Abschleppmaßnahmen ein deutlicher Anstieg der registrierten Vorgänge festzustellen. Die Zahl der Verkehrsordnungswidrigkeiten erhöhte sich von 52 auf 237 Fälle, während die Abschleppmaßnahmen von einem auf 16 Fälle anstiegen. Gleichzeitig ging die Anzahl der durchgeführten Kontrollen im Vergleich zum Vorjahr zurück.

Außerhalb des Verkehrsbereichs wurden nur vereinzelt Auffälligkeiten festgestellt. Störendes Verhalten in der Öffentlichkeit wurde in zwei Fällen erfasst und bewegt sich damit weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau. Insgesamt ergeben sich aus den vorliegenden Zahlen keine belastbaren Hinweise auf eine Verschlechterung der allgemeinen Sicherheits- und Ordnungslage. Die Entwicklung wird vielmehr durch einzelne verkehrsrechtliche Sachverhalte geprägt, während andere ordnungsrechtliche Handlungsfelder weiterhin nur eine geringe Bedeutung aufwiesen.

#### Stadtbezirk 6 — Kirchrode-Bemerode-Wülferode

| Kategorie                    | 2024 | 2025       | Δ      |
|------------------------------|------|------------|--------|
| Kontrollen                   | 16   | <b>40</b>  | +150 % |
| Verkehrsordnungswidrigkeiten | 183  | <b>399</b> | +118 % |
| Abschleppmaßnahmen           | 7    | <b>26</b>  | +271 % |

**Für den Stadtbezirk Kirchrode-Bemerode-Wülferode** ist im Jahr 2025 ein Anstieg der registrierten Vorgänge im Bereich der Verkehrsüberwachung festzustellen. Die Zahl der Verkehrsordnungswidrigkeiten erhöhte sich von 183 auf 399 Fälle, während die Abschleppmaßnahmen von sieben auf 26 Fälle anstiegen. Parallel hierzu nahm auch die Anzahl der durchgeführten Kontrollen von 16 auf 40 zu. Die Entwicklung deutet darauf hin, dass verkehrsrechtliche Fragestellungen den Schwerpunkt der ordnungsbehördlichen Tätigkeit im Stadtbezirk bildeten. Der Anstieg der Fallzahlen dürfte neben der höheren Auslastung öffentlicher Verkehrsflächen und lokaler Veränderungen der Verkehrssituation zumindest teilweise mit der verstärkten Kontrolltätigkeit und einer konsequenteren Verfolgung zusammenhängen. Insgesamt deuten die vorliegenden Zahlen auf eine stabile Sicherheits- und Ordnungslage im Übrigen hin.

**Stadtbezirk 7 — Südstadt-Bult**

| Kategorie                                 | 2024 | 2025        | Δ      |
|-------------------------------------------|------|-------------|--------|
| Kontrollen                                | 104  | <b>138</b>  | +33 %  |
| Platzverweise                             | 2    | <b>0</b>    | -100 % |
| Verkehrsordnungswidrigkeiten              | 759  | <b>3096</b> | +308 % |
| Abschleppmaßnahmen                        | 82   | <b>445</b>  | +443 % |
| Störendes Verhalten in der Öffentlichkeit | 1    | <b>0</b>    | -100 % |
| Verstöße Spielplatzsatzung                | 2    | <b>0</b>    | -100 % |

Im Stadtbezirk Südstadt-Bult ist im Jahr 2025 ein deutlicher Anstieg der registrierten Vorgänge im Bereich der Verkehrsüberwachung festzustellen. Die Zahl der Verkehrsordnungswidrigkeiten erhöhte sich von 759 auf 3.096 Fälle und hat sich damit mehr als vervierfacht. Auch die Zahl der Abschleppmaßnahmen stieg mit 445 Fällen gegenüber 82 Fällen im Vorjahr erheblich an. Parallel hierzu nahm die Anzahl der durchgeführten Kontrollen von 104 auf 138 zu. Die Entwicklung deutet darauf hin, dass verkehrsrechtliche Fragestellungen den Schwerpunkt der ordnungsbehördlichen Tätigkeit im Stadtbezirk bildeten. Eine erhöhte Auslastung des öffentlichen Verkehrsraums, Veränderungen der Parkraumsituation, Baustellen- oder Veranstaltungsverkehere sowie eine konsequentere Ahndung festgestellter Verstöße sind Erklärungen für die überproportionale Zunahme. In anderen ordnungsrechtlichen Handlungsfeldern wurden hingegen keine relevanten Auffälligkeiten festgestellt. Störendes Verhalten in der Öffentlichkeit wurde im Berichtsjahr nicht erfasst, Verstöße gegen die Spielplatzsatzung gingen auf null Fälle zurück und Platzverweise waren ebenfalls nicht erforderlich. Hinweise auf ausgeprägte Konfliktlagen oder besondere Belastungen des öffentlichen Raums ergeben sich aus den vorliegenden Daten daher nicht.

Insgesamt sprechen die Zahlen für eine stabile Sicherheits- und Ordnungslage im Stadtbezirk. Die festgestellten Entwicklungen konzentrieren sich nahezu ausschließlich auf den Verkehrsbereich und lassen keine Ausweitung anderer ordnungsrechtlicher Problemlagen erkennen.

**Stadtbezirk 8 — Döhren-Wülfel**

| Kategorie                    | 2024 | 2025        | Δ      |
|------------------------------|------|-------------|--------|
| Kontrollen                   | 62   | <b>137</b>  | +121 % |
| Platzverweise                | 0    | <b>0</b>    | 0      |
| Verkehrsordnungswidrigkeiten | 215  | <b>1062</b> | +394 % |
| Abschleppmaßnahmen           | 48   | <b>149</b>  | +210 % |

Im Stadtbezirk Döhren-Wülfel ist im Jahr 2025 ein deutlicher Anstieg der registrierten Vorgänge im Bereich der Verkehrsüberwachung festzustellen. Die Zahl der Verkehrsordnungswidrigkeiten erhöhte sich von 215 auf 1.062 Fälle und hat sich damit nahezu verfünffacht. Auch die Zahl der Abschleppmaßnahmen stieg deutlich von 48 auf 149 Fälle an. Parallel hierzu nahm die Anzahl der durchgeführten Kontrollen von 62 auf 137 zu und hat sich damit mehr als verdoppelt. Die Entwicklung weist darauf hin, dass der Verkehrsbereich einen wesentlichen Schwerpunkt der ordnungsbehördlichen Tätigkeit im Stadtbezirk darstellte. Hinweise auf besondere Belastungen des öffentlichen Raums, soziale Konfliktlagen oder sonstige ordnungsrechtliche Auffälligkeiten ergeben sich aus den erfassten Vorgängen nicht. Insgesamt sprechen die vorliegenden Zahlen daher für eine stabile Sicherheits- und Ordnungslage im Stadtbezirk. Die Veränderungen konzentrieren sich auf den Verkehrsbereich und lassen keine Ausweitung anderer ordnungsrechtlicher Problemlagen erkennen, so dass aufgrund der deutlichen Dynamik bei Verkehrsordnungswidrigkeiten und Abschleppmaßnahmen die weitere Beobachtung der Entwicklung erforderlich sein wird.

## Stadtbezirk 9 — Ricklingen

| Kategorie                                 | 2024 | 2025        | Δ      |
|-------------------------------------------|------|-------------|--------|
| Kontrollen                                | 116  | <b>259</b>  | +123 % |
| Platzverweise                             | 0    | <b>2</b>    | +100 % |
| Verkehrsordnungswidrigkeiten              | 449  | <b>1452</b> | +223 % |
| Abschleppmaßnahmen                        | 41   | <b>1</b>    | −98 %  |
| Störendes Verhalten in der Öffentlichkeit | 4    | <b>0</b>    | −100 % |
| Tauben füttern                            | 2    | <b>0</b>    | −100 % |

**Im Stadtbezirk** Ricklingen zeigt sich im Jahr 2025 eine differenzierte Entwicklung der registrierten Vorgänge. Während die Zahl der Verkehrsordnungswidrigkeiten von 449 auf 1.452 Fälle deutlich anstieg und sich die Anzahl der durchgeführten Kontrollen mehr als verdoppelte, gingen die Abschleppmaßnahmen überraschend von 41 auf lediglich einen Fall zurück. Gleichzeitig wurden keine Fälle störenden Verhaltens in der Öffentlichkeit mehr registriert, während erstmals seit dem Vorjahr wieder zwei Platzverweise ausgesprochen wurden. Die deutliche Zunahme der Verkehrsordnungswidrigkeiten steht erkennbar im Zusammenhang mit der erhöhten Kontrolltätigkeit. Darüber hinaus können auch Veränderungen der Nutzung des öffentlichen Verkehrsraums, eine höhere Kontrolldichte in bestimmten Bereichen oder eine konsequentere Erfassung festgestellter Verstöße zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Der starke Rückgang der Abschleppmaßnahmen bei gleichzeitig steigenden Verkehrsordnungswidrigkeiten ist darauf zurückzuführen, dass Verstöße zwar häufiger festgestellt wurden, jedoch seltener die Voraussetzungen für eine unmittelbare Abschleppmaßnahme vorlagen oder der ordnungswidrige Zustand frühzeitig durch die Betroffenen selbst beseitigt werden konnte. Auffälligkeiten im Bereich störenden Verhaltens oder sonstiger sozialräumlicher Problemlagen treten in den vorliegenden Daten kaum hervor. Die registrierten Fallzahlen bewegen sich insgesamt auf einem niedrigen Niveau und lassen keine Hinweise auf eine Verschärfung der Situation im öffentlichen Raum erkennen. Insgesamt ergeben sich aus den vorliegenden Daten keine belastbaren Anhaltspunkte für eine Verschlechterung der Sicherheits- und Ordnungslage im Stadtbezirk Ricklingen.

## Stadtbezirk 10 — Linden-Limmer

| Kategorie                                 | 2024 | 2025        | Δ      |
|-------------------------------------------|------|-------------|--------|
| Kontrollen                                | 681  | <b>771</b>  | +13 %  |
| Platzverweise                             | 17   | <b>12</b>   | −29 %  |
| Verkehrsordnungswidrigkeiten              | 452  | <b>1162</b> | +157 % |
| Abschleppmaßnahmen                        | 47   | <b>151</b>  | +221 % |
| Sicherstellungen                          | 0    | <b>1</b>    | +100 % |
| Störendes Verhalten in der Öffentlichkeit | 3    | <b>6</b>    | +100 % |
| Schlafen im öffentlichen Raum             | 1    | <b>0</b>    | −100 % |
| Lärmbelästigung inkl. Straßenmusik        | 3    | <b>1</b>    | −67 %  |
| Verstöße Spielplatzsatzung                | 16   | <b>0</b>    | −100 % |

**Im Stadtbezirk Linden-Limmer** ist im Jahr 2025 ein deutlicher Anstieg der registrierten Vorgänge im Bereich der Verkehrsüberwachung festzustellen. Die Zahl der Verkehrsordnungswidrigkeiten erhöhte sich von 452 auf 1.162 Fälle, während die Abschleppmaßnahmen von 47 auf 151 Fälle anstiegen. Parallel hierzu nahm auch die Anzahl der durchgeführten Kontrollen von 681 auf 771 zu. Die Entwicklung deutet darauf hin, dass der Verkehrsbereich

weiterhin einen wesentlichen Schwerpunkt der ordnungsbehördlichen Tätigkeit im Stadtbezirk bildet. Neben den verkehrsbezogenen Vorgängen zeigen die Daten eine insgesamt stabile Entwicklung im öffentlichen Raum. Störendes Verhalten in der Öffentlichkeit wurde zwar häufiger registriert als im Vorjahr, die Fallzahlen bewegen sich mit sechs Vorgängen jedoch weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Gleichzeitig gingen die Platzverweise von 17 auf 12 Fälle zurück. Auch ordnungswidriges Liegen, Lagern und Schlafen im öffentlichen Raum wurde im Berichtsjahr nicht erfasst. Auffällig ist der Rückgang verschiedener ordnungsrechtlicher Auffälligkeiten. Verstöße gegen die Spielplatzsatzung wurden nach 16 Fällen im Vorjahr im Berichtsjahr nicht mehr registriert. Ebenso gingen Lärmbelästigungen einschließlich Straßenmusik von drei auf einen Fall zurück. Diese Entwicklung könnte auf eine verbesserte Regelakzeptanz, erfolgreiche präventive Maßnahmen oder auch auf jährliche Schwankungen bei den Fallzahlen zurückzuführen sein. Die erstmals registrierte Sicherstellung sowie der leichte Anstieg beim störenden Verhalten in der Öffentlichkeit lassen keine belastbaren Rückschlüsse auf eine grundlegende Veränderung der bestehenden Sicherheitslage zu. Die Fallzahlen bewegen sich weiterhin auf einem niedrigen Niveau und sind daher nur eingeschränkt für Trendbewertungen geeignet. Die Entwicklung wurde in erster Linie durch verkehrsbezogene Sachverhalte geprägt. Insbesondere die Kombination aus steigenden Kontrollen, höheren Fallzahlen im Verkehrsbereich und rückläufigen ordnungsrechtlichen Auffälligkeiten außerhalb des Verkehrs bildet die lokale Schwerpunktsetzung der ordnungsbehördlichen Tätigkeit in diesem Stadtbezirk ab

#### Stadtbezirk 11 — Ahlem-Badenstedt-Davenstedt

| Kategorie                    | 2024 | 2025 | Δ       |
|------------------------------|------|------|---------|
| Kontrollen                   | 44   | 45   | +2 %    |
| Verkehrsordnungswidrigkeiten | 77   | 206  | +168 %  |
| Abschleppmaßnahmen           | 1    | 22   | +2100 % |

Im Stadtbezirk Ahlem-Badenstedt-Davenstedt ist im Jahr 2025 ein deutlicher Anstieg der registrierten Vorgänge im Bereich der Verkehrsüberwachung festzustellen. Die Zahl der Verkehrsordnungswidrigkeiten erhöhte sich von 77 auf 206 Fälle. Besonders auffällig ist die Entwicklung bei den Abschleppmaßnahmen, die von einem auf 22 Fälle anstieg. Die Anzahl der durchgeführten Kontrollen blieb mit 44 beziehungsweise 45 Maßnahmen nahezu unverändert. Die Entwicklung hebt sich von denjenigen Stadtbezirken ab, in denen steigende Fallzahlen mit einer deutlichen Ausweitung der Kontrolltätigkeit einhergehen. Da das Kontrollniveau weitgehend konstant geblieben ist, dürften die höheren Fallzahlen auf eine gezieltere Ausrichtung der Kontrollen, eine höhere Trefferquote und auf tatsächliche Veränderungen im Verkehrsverhalten zurückzuführen sein. Ebenso kommen lokale Einflussfaktoren wie Baustellen, veränderte Verkehrsführungen, Nutzungskonflikte im ruhenden Verkehr oder ein gestiegener Parkdruck als Erklärungsansätze in Betracht. Besonders der deutliche Anstieg der Abschleppmaßnahmen zeigt, dass häufiger behindernde/gefährdende Verkehrsverstöße festgestellt wurden, die ordnungsbehördliche Sofortmaßnahmen erforderlich machten. Da in den vorliegenden Daten keine weiteren ordnungsrechtlichen Auffälligkeiten ausgewiesen werden, ergeben sich keine Hinweise auf besondere Belastungen des öffentlichen Raums oder auf sozialräumliche Konfliktlagen. Die Veränderungen sind überwiegend verkehrsbezogen und zeigen einen ordnungsbehördlichen Schwerpunkt im Bereich der Verkehrsüberwachung. Aufgrund der deutlichen Zunahme insbesondere bei den Abschleppmaßnahmen erscheint die weitere Beobachtung der Entwicklung erforderlich.

#### Stadtbezirk 12 — Herrenhausen-Stöcken

| Kategorie                    | 2024 | 2025 | Δ      |
|------------------------------|------|------|--------|
| Kontrollen                   | 27   | 29   | +7 %   |
| Verkehrsordnungswidrigkeiten | 636  | 1236 | +94 %  |
| Abschleppmaßnahmen           | 15   | 79   | +427 % |

**Im Stadtbezirk Herrenhausen-Stöcken** ist im Jahr 2025 ein deutlicher Anstieg der registrierten Vorgänge im Bereich der Verkehrsüberwachung festzustellen. Die Zahl der Verkehrsordnungswidrigkeiten erhöhte sich von 636 auf 1.236 Fälle und stieg damit um nahezu 95 Prozent. Noch deutlicher entwickelte sich die Zahl der Abschleppmaßnahmen, die von 15 auf 79 Fälle zunahm. Die Anzahl der durchgeführten Kontrollen blieb mit 27 beziehungsweise 29 Maßnahmen hingegen weitgehend konstant. Die Entwicklung deutet darauf hin, dass die steigenden Fallzahlen nicht allein auf eine Ausweitung der Kontrolltätigkeit zurückgeführt werden können. Vielmehr kommen verschiedene Erklärungsansätze in Betracht, u.a. eine stärkere Konzentration der Kontrollen auf bekannte Problembereiche, eine höhere Trefferquote bei den durchgeführten Maßnahmen, lokale Veränderungen der Verkehrs- und Parksituation und eine konsequentere Ahndung festgestellter Verstöße. Insbesondere der erhebliche Anstieg der Abschleppmaßnahmen lässt darauf schließen, dass häufiger Sachverhalte festgestellt wurden, die ein unmittelbares ordnungsbehördliches Einschreiten wegen Behinderung oder Gefährdung erforderlich machten. Insgesamt ergeben sich aus den vorliegenden Zahlen keine belastbaren Hinweise auf eine Verschlechterung der allgemeinen Sicherheits- und Ordnungslage im Stadtbezirk Herrenhausen-Stöcken. Die festgestellten Veränderungen betreffen vor allem verkehrsrechtliche Sachverhalte und verdeutlichen die besondere Bedeutung dieses Handlungsfeldes in diesem Stadtbezirk für die ordnungsbehördliche Tätigkeit im Berichtsjahr. Aufgrund der deutlichen Zunahme sowohl der Verkehrsordnungswidrigkeiten als auch der Abschleppmaßnahmen erscheint eine Fortführung der eingeleiteten Maßnahmen sinnvoll.

### Stadtbezirk 13 — Nord

| Kategorie                                 | 2024 | 2025        | Δ      |
|-------------------------------------------|------|-------------|--------|
| Kontrollen                                | 297  | <b>922</b>  | +210 % |
| Platzverweise                             | 16   | <b>39</b>   | +144 % |
| Verkehrsordnungswidrigkeiten              | 1073 | <b>1780</b> | +66 %  |
| Abschleppmaßnahmen                        | 28   | <b>107</b>  | +282 % |
| Störendes Verhalten in der Öffentlichkeit | 0    | <b>10</b>   | +100 % |
| Schlafen im öffentlichen Raum             | 0    | <b>17</b>   | +100 % |
| Tauben füttern                            | 0    | <b>4</b>    | +100 % |

**Im Stadtbezirk Nord** ist im Jahr 2025 ein deutlicher Anstieg der registrierten Vorgänge festzustellen. Besonders auffällig ist die Entwicklung der Kontrollen, deren Zahl von 297 auf 922 anstieg und sich damit mehr als verdreifachte. Parallel hierzu erhöhten sich die Fallzahlen in nahezu allen erfassten Kategorien. Die Verkehrsordnungswidrigkeiten stiegen von 1.073 auf 1.780 Fälle, die Abschleppmaßnahmen von 28 auf 107 Fälle und die Zahl der Platzverweise von 16 auf 39 Fälle. Darüber hinaus wurden als Ausfluss der in der AG Sicherheit im öffentlichen Raum – Engelbosteler Damm – erarbeiteten Maßnahmen deutlich häufiger Sachverhalte im Zusammenhang mit störendem Verhalten in der Öffentlichkeit und dem Lagern und Schlafen im öffentlichen Raum registriert. Während im Vorjahr in beiden Kategorien keine Fälle erfasst wurden, wurden 2025 zehn Fälle störenden Verhaltens und 17 Fälle des Lagerns und Schlafens im öffentlichen Raum dokumentiert. Auch Verstöße gegen das Verbot des Taubenfütterns konnten erstmals erfasst werden. Die Entwicklung deutet darauf hin, dass die mit der Bildung eines Einsatzschwerpunkts erheblich ausgeweitete Kontrolltätigkeit einen wesentlichen Einfluss auf die Zahl der festgestellten Vorgänge hatte. Mit zunehmender Präsenz im öffentlichen Raum steigt regelmäßig auch die Wahrscheinlichkeit, ordnungsrechtlich relevante Sachverhalte zu erkennen und zu dokumentieren. Dies gilt insbesondere für Verstöße im Verkehrsbereich sowie für Verhaltensweisen, die einer unmittelbaren Wahrnehmung durch Einsatzkräfte bedürfen. Gleichzeitig sind die Anstiege bei störendem Verhalten, Schlafen im öffentlichen Raum und Platzverweisen damit zu erklären, dass bestimmte Nutzungs- und Konfliktlagen im öffentlichen Raum durch erhöhte Aufenthaltsintensität im öffentlichen Raum, soziale Problemlagen und Fehlverhalten einzelner Personen stärker in Erscheinung getreten sind. Insgesamt zeigt sich eine gestiegene ordnungsbehördliche Präsenz und eine intensivere Wahrnehmung ordnungsrechtlich relevanter

Sachverhalte. Die Entwicklung betrifft sowohl den Verkehrsbereich als auch einzelne Aspekte der öffentlichen Ordnung. Die Verstöße zu störendem Verhalten im öffentlichen Raum werden auch weiterhin beobachtet, um einer dauerhaften Entwicklung und Verfestigung zu begegnen.

---

## IMPRESSUM

# IMPRESSUM

### Herausgeber

Landeshauptstadt Hannover  
Dezernat II – Finanzen, Ordnung und Feuerwehr  
Platz der Menschenrechte 1  
30159 Hannover

Polizeidirektion Hannover  
Waterloostraße 9  
30169 Hannover

Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha)  
Karl-Wiechert-Allee 60c  
30625 Hannover

### V. i. S. d. P.

Frau Zuhai Karakas  
Leiterin des Fachbereichs Öffentliche Ordnung  
Landeshauptstadt Hannover

Herr Stefan Sengel  
Polizeivizepräsident  
Polizeidirektion Hannover

### Redaktion & Koordination

Fachbereich Öffentliche Ordnung  
E-Mail: [32@hannover-stadt.de](mailto:32@hannover-stadt.de)

### Gestaltung

Fachbereich Öffentliche Ordnung

### Bildnachweis

Titelbild: Stilisierte Illustration der Stadtsilhouette Hannovers, erstellt mit generativer KI, Gestaltung LHH  
Portrait Herr Dr. Axel von der Ohe: ©Hennig Scheffen  
Portrait Herr Sengel: © Polizeidirektion Hannover

Weitere Bildnachweise siehe Angaben an den jeweiligen Abbildungen.  
Einzelne Abbildungen wurden mit generativer KI erstellt und sind entsprechend gekennzeichnet.

### Stand

Juli 2026